

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Verkäufer 1.50 Mk. für die Woche 6.10 Mk. für den Monat 18.00 Mk. für den Monat 54.00 Mk. Postzeitung Nr. 23 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 29. September 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verzeile- und Verammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Zeile oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Krieg gegen Sowjetrußland.

Polen marschiert schon auf!

(DZ.) Romno, 28. September.

Die Polen haben ihre Truppen an der Wlanafront vermehrt. Nachrichten, die auf indirektem Wege aus Prest-Ditowka eingetroffen sind, besagen, daß die Polen Truppenverschiebungen nach der russischen Grenze vornehmen. Die Polen erklären, daß ein Krieg mit Rußland nicht unwahrscheinlich sei. Im Falle des Ausbruches des Kampfes nimmt man an, daß die Polen versuchen werden, in die Ukraine vorzustoßen, um unter dem Vorwande, das Land von der Sowjetherrschaft befreien zu wollen, neue Gebiete zu annektieren.

Auch die Tschekoslowakei im Komplott.

Mährisch-Odrau, 28. September 1921.

In Mährisch-Odrau ist ein rumänischer General nebst Stab und 200 rumänische Soldaten eingetroffen. Auf die Frage, was die bewaffneten rumänischen Soldaten in der Tschekoslowakei zu suchen haben, erhält man die offizielle Antwort, daß die rumänische Regierung dort Pferde eingekauft habe, und die Soldaten sollten die Pferde nach Rumänien bringen. Was aber Soldaten in voller Kriegsausrüstung bei einem Pferdekauf tun sollen, ist nicht recht klar. Dazu kommt noch ein weiteres. Die kommunistische Presse der Tschekoslowakei hat schon häufig das „Proletariat aufgefordert, eine neue Intervention der kapitalistischen Regierungen in Sowjetrußland nicht zu dulden. Niemand hätte bisher die Zensurbehörde an solchen Äußerungen Anstoß genommen. Diesmal ist aber der Aufruf der Exekutivkommission der Kommunistischen Internationale, der sich gegen die drohende neue Intervention in Rußland wendet, von der tschechoslowakischen Zensur verboten worden. Das läßt den Schluß zu, daß die herrschende Klasse der Tschekoslowakei an dem Komplott beteiligt ist. Die tschechoslowakische Regierung ist offenbar bereit, den Angriff gegen Sowjetrußland zu unterstützen.

Englische Hege gegen Sowjetrußland.

Manchester, 28. September. In einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erklärte der Vizekonsul des Auswärtigen, Tschischerin, seiner Ansicht nach bereite sich eine vollständige Aenderung in der allgemeinen europäischen Politik gegenüber Rußland vor. Es bilde sich eine neue Interventionenistischer Politik, in die auch England hineingezogen sei. Die Note Curzons an Sowjetrußland lasse auf eine Veränderung in der britischen Politik schließen. Sie verleihe da-

her den Schritten Frankreichs zur Entfaltung eines neuen Krieges größere Bedeutung.

Die Hege der englischen Regierung gegen Sowjetrußland wird von der Rechtspresse weiter betrieben. Die „Times“ schreibt: „Es ist höchste Zeit, daß die unwirksame Politik mit dem Handelsabkommen unter etwas mehr Berücksichtigung unserer Selbstachtung ersetzt wird, und daß der Unterschied zwischen England, dem Repräsentanten der geordneten Freiheit und dieser bolschewistischen Tyrannei, die Rußland heruntergebracht hat, und nun auf seinem unfagbaren Glend herumtrampelt, durch eine andere Politik neuen Ausdruck findet.“ Alle Rechtsblätter erklären, daß man gehofft hatte, die Bolschewisten durch das Handelsabkommen für die englischen imperialistischen Zwecke einzufangen. Der „Times“ schreibt zynisch: „England habe dies versucht, da es doch wußte, daß Rußland nichts mehr zu verkaufen hatte und nichts kaufen konnte, außer mit gestohlenen Gold.“

Note Tschischerins an Bulareff.

Tschischerin und der Vorsitzende der Volkskommission der Sowjetrußland haben dem rumänischen Minister des Auswärtigen folgende Note überliefert:

„Der bekannte Bandenführer Machno hat am 28. 8. in Begleitung eines Trupps seiner Anhänger die besarabische Grenze überschritten und sich auf ein Gebiet niedergelassen, das sich in Wirklichkeit unter rumänischer Macht befindet. Dieser Räuber hat als Führer verbrecherischer Banden auf dem Territorium Sowjetrußlands und der Sowjetrußland unzählige Verbrechen vollführt, indem er ganze Dörfer ausplünderte und in Brand setzte, friedliche Einwohner tötete und von ihnen durch unmenschliche Forderungen ihr Eigentum erprekte.“

In ansehung dieser Tatsache richtet die russische Regierung an die rumänische Regierung das formelle Ersuchen, diesen Räuberhauptmann und seine Helfershelfer als gemeine Verbrecher auszuliefern.“

Die Weiskardistische Verschwörer.

Im Laufe der Monate Juli und August wurden im Charfomer Militärbezirk 12 weiskardistische Verschwörerorganisationen aufgedeckt, die mit den schon liquidierten Verschwörungen in Petrograd, Melitopol und Odessa im engen Zusammenhang standen. Die kleineren Außerordentliche Kommission untersuchte die Angelegenheit der Mitglieder des „Ukrainischen Aufstandskomitees“, der Teilnehmer der Kiemer Häufigsten Organisation der Selbstschützen, sowie der Teilnehmer der „Kampfgruppe des Seemanns Besfarabenko“, die schwerer Verbrechen gegen die ukrainische Republik, des Versuches der Niederwerfung der Arbeiter- und Bauernmacht, sowie des Hochverrats beschuldigt waren, da sie Anhalten dazu getroffen haben, die Ukraine dem polnischen Joch und der Entente zu überliefern, und verurteilte die Schuldigen.

Ausperrung in der chemischen Industrie.

Die chemische Industrie, die durch das furchtbare Unglück in Oppau die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung auf sich zog, beschäftigt schon wieder die Öffentlichkeit. Das übermächtige Farbstoffkapital hat brutal

20 000 Arbeiter auf die Straße geworfen.

Es ist nur zu erklärlich, daß nach der Oppauer Explosionskatastrophe die Arbeiterfrage der gesamten chemischen Industrie aufs höchste erregt war. Gibt es doch keine Arbeiterkategorie, die neben relativ schlechterem Lohn mehr gesundheitsgefährlichen Einwirkungen bei der Arbeit ausgesetzt ist als gerade diese Branche. Es werden aber auch in keinem Industriezweig höhere Profite aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden, als in den chemischen Fabriken.

In Höchst a. M. ist die durch das Unglück an sich schon große Erregung der Arbeiterschaft durch die brutale Ausweisung eines Werksbeamten, daß noch nicht genug Proletariat umgelassen seien, aufs höchste gesteigert. Wohl hat die Direktion unter dem Druck der Arbeiterschaft den betreffenden Beamten sofort entlassen müssen, aber die einmal in Bewegung gebrachte Arbeiterschaft gab sich offenbar damit allein nicht mehr zufrieden, sondern stellte anschließend hieran bestimmte wirtschaftliche Forderungen. Die Direktion der Höchst- und Griesheimer Werke haben auch diese Forderungen zunächst bewilligt, doch das im chemischen Konzern vereinigte Kapital scheint es auf eine Kraftprobe abgesehen zu haben.

Wenn als nun die Arbeiterschaft schon wieder etwas beruhigt hatte, wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die von der Direktion gemachten Zugeständnisse im Auftrag des Arbeitgeberverbandes zurückgezogen werden müßten. Außerdem wurden die 3 Werke in Höchst, Griesheim und in Kelscherbach b. Frankfurt a. M. geschlossen und die Arbeiter hilflos entlassen. Die durch diesen Gewaltakt und Wortbruch entrückte Arbeiterschaft besetzte nach den bis jetzt vorliegenden bürgerlichen Meldungen die Betriebe und läßt weder Werksbeamte noch Direktionsangehörige passieren. Folgende bürgerliche Meldungen liegen vor:

(U.) Höchst, 28. September.

Die Höchst- und Kelscherbacher Werke und die Kelscherbacher Werke sind geschlossen worden. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die chemische Industrie ist das Griesheimer Elektrizitätswerk der Maßnahme gezeigt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind hilflos entlassen worden.

Dadurch ist ein sehr ernster Zustand geschaffen worden. Die Erregung der Arbeiterschaft ist groß. Sowohl in Griesheim wie in Höchst haben heute morgen die Arbeiter den Zugang zu den Fabriken unter Kontrolle gestellt und die Angestellten am Betreten der Anlagen verhindert. Jedoch ist nach heute morgen eingeholten Informationen im übrigen die Ruhe aufrecht erhalten geblieben.

(U.) Griesheim, 27. September.

In dem Werk kam es zu Ansammlungen vor dem Direktionsgebäude und zu Beschädigungen des Gebäudes. Die Direktion erklärte den Arbeitervertretern, daß die Arbeiterschaft nicht schlechter gestellt werden solle, als die Arbeiterschaft der Höchst- Werke. Mit dieser Erklärung gaben sich die Arbeiter zufrieden. Der Betriebsrat entwarf eine Kundgebung, die zur Ruhe mahnen sollte. Am Sonntag früh wurde den aus Frankfurt bestellten Betriebsratsmitgliedern eröffnet, daß die am Freitag gemachten Zugeständnisse infolge der Begehrung des Arbeitgeberverbandes rückgängig gemacht würden. Am Sonntag nachmittag sechs Uhr wurde das Werk geschlossen, Arbeiterwachen verhindern den Zutritt.

13 000 Webereiarbeiter ausgesperrt.

Im Severer Bezirk streiken etwa 500 Färbereiarbeiter. Daraufhin beschloßen die Unternehmer, am Donnerstag die Webereiarbeiter auszusperrn, wenn bis Mittwoch früh die Färberei die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Aussperrung wurden etwa 13 000 Arbeiter betroffen.

Die Massenausperrungen von seiten des Unternehmertums nehmen in der letzten Zeit einen außerordentlichen Umfang an. Bald an 100 000 Arbeiter sind von der Aussperrung betroffen oder bedroht. Das deutsche Unternehmertum führt seine Offensive gegen das Proletariat nach einheitlichem Plane. Auch die Arbeiterschaft muß nach einheitlichem Plane handeln, damit sie nicht zu Boden geschlagen wird.

Massenausstand in der sächsischen Textilindustrie.

Die Belegschaften verschiedener Färbereien und Appreturanstalten in Glauchau und Umgebung sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in Streik getreten. Es besteht die Möglichkeit, daß die übrigen Betriebe des Glauchauer Bezirks sich der Bewegung anschließen, womit mehr als 30 000 Arbeiter von dem Streik betroffen würden.

Die Bankrotterklärung.

Die Stinnesregierung wirft ihren Schatten voraus. Wirth hat den Wink der Stressemänner rasch begriffen. Gerührt, weil er sich in seinem Scheinlampf gegen rechts zu allzu radikalen Phrasen verstiegen hatte, wiederholt er jetzt die Schlagworte der Stinnespresse.

In seiner letzten Rede, einem Interview mit dem ausländischen Berichterstatter, erklärt er denn auch in Uebereinstimmung mit Stressemann, daß Deutschland nicht imstande sei, die Leistungen an die Entente zu bezahlen. Was bedeutet diese Vorankündigung des Bankrotts aus dem Munde des Vertreters der deutschen Bourgeoisie?

Keineswegs ist es das bloße Eingeständnis, daß die deutsche Wirtschaft nicht imstande sei, den Tribut für die Ententekapitalisten aufzubringen. Die deutsche Bourgeoisie hat sich in den letzten Jahren nie um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bekümmert. Die Zerstörung der Wirtschaft war niemals ihre Sorge; sie hat es vielmehr verstanden, auch aus dieser Zerstörung fette Profite zu schöpfen. Die Unmöglichkeit, das Ultimatum zu bezahlen, ist solange keine Sorge für die deutsche Bourgeoisie, als sie noch die herrschende Klasse ist. Solange nämlich wird sie die unterdrückte Klasse, die Arbeiterschaft zahlen lassen. Und die größere Ausbeutung des Proletariats ist wahrlich nicht das, was die deutsche Bourgeoisie bekümmert.

Keineswegs ist auch die Ankündigung der Zahlungsunfähigkeit durch die Vertreter der deutschen Bourgeoisie lediglich ein Versuch, bei der Ententebourgeoisie Eindruck zu machen. Die deutsche Bourgeoisie hofft zwar, daß bei dem englisch-französischen Gegensatz, dem einzigen Aktivposten ihrer auswärtigen Politik, einige Profite für sie vom Tisch fallen könnten; soviel aber hat sie gelernt, daß Klageklieber keinen Eindruck auf die Ententekapitalisten machen.

Die Vorankündigung des Bankrotts bedeutet nur eins: Die deutsche Bourgeoisie kündigt ihren Bankrott an, um sich ihn von der Arbeiterklasse bezahlen zu lassen. Die Ankündigung der Steuerabgabe der Kapitalisten und des Steuerraubzugs gegen das Proletariat im Namen der Erfüllung des Ultimats, das ist der Sinn der Bankrotterklärung, mit dem die neue Stinnesregierung sich durch den Mund Wirths anmelde läßt.

Bis jetzt hat jede neue Regierung den Bankrott der vorherigen festgesetzt. Die neue Stinnesregierung, die Regierung der Mitte geht weiter. Sie läßt, bevor sie noch die Regierung übernommen hat, den eigenen Bankrott erklären. Das ist kein Zufall. Die Großbourgeoisie, die „wirtschaftlichen Kräfte“, die Stinnes und Konsorten, die jetzt offen die Fäden der Macht in die Hände nehmen, können den Massen nicht einmal mehr Versprechungen auf den Weg geben. Sie gehen in die Regierung mit dem ausgesprochenen Zweck, die Herrschaft der Bourgeoisie durch eine unerträgliche Belastung und Ausbeutung der breiten Massen zu erhalten. Sie gehen in die Regierung, um die Arbeiterschaft in Fesseln zu schlagen. Deutschland kann an die Entente nicht zahlen, wenn die Arbeiter nicht zahlen; das ist der Sinn ihrer Bankrotterklärung. Mit anderen Worten: die deutsche Bourgeoisie kann nicht leben, wenn nicht alle Lasten des Ultimats vom Proletariat getragen werden; denn die deutsche Bourgeoisie lebt ja nur von der Gnade der Entente.

Deshalb fordert auch die Deutsche Volkspartei als erste Bedingung für den Eintritt in die Regierung ernerntliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanzen, fordert sie den Posten des Finanzministers für sich. Die kapitalistische Steuerabgabe soll garantiert werden.

Die Bourgeoisie ist gleich dabei, diese Tatsache aus dem Politischen ins Geschäftliche zu übersehen. Die Börse quittierte die Ankündigung des neuen Fußes mit einer Entwertung der Mark. Der Dollar wurde gestern abend mit 117,5 Mark bezahlt. Auch einzelne Industriebapiere sind um 100 Prozent gestiegen. Manche Aktien stehen auf 1000 Prozent des Nominalwertes. Der Bericht des „Börsen-Couriers“ bemerkt dazu:

In diesem Zusammenhange verwies man auch auf Interviews mit Dr. Wirth, die in der ausländischen Presse erschienen sind, und laut denen der Reichszentraler die Erklärung abgegeben haben soll, daß es unmöglich sein werde, die nächsten Reparationszahlungen mit derselben Leichtigkeit vorzunehmen, wie dieses gelegentlich der ersten Milliarde der Fall war; wenn Deutschland weiter in Gold zahlen müßte, so sei ein Bankrott unvermeidlich. Andererseits beschuldigte man sich lebhaft mit der mehrfach erbrachten Kreditaktion der deutschen Industrie.

Wir sehen, die Börsenschieber wissen genau, was Wirth und Stinnes, der schon heute die Schritte der Regierung leitet, wollen. Die Börse jubelt. Die neueste Ausgabe ist nicht, wie noch vor einigen Wochen, diktiert von der Furcht der Kapitalisten vor neuen Steuern, nein, umgekehrt, die Kurse steigen jetzt, weil keine Festsetzungen kommen werden. Die Regierung wird, um ihre Verpflichtung zu erfüllen, keinen Eingriff in das kapitalistische Eigentum tun, sondern durch Manipulationen von Art der Goldanleihe den Kapitalisten neue Profitmöglichkeiten

M 140

berichten. Deshalb steigen die Devisen, — die Goldanleihe schafft neuen Bedarf; deshalb steigen die Industriewerte, da keine Erfassung der Goldwerte bevorsteht.

März-Kaunzel, Millionengeschäfte für alle Schieber — das ist der Markt für die neue Stimmeregierung. Die Folgen werden bald sichtbar werden. Der Slaventakt mit der Entente gewinnt erst jetzt konkrete Gestalt.

Die Goldanleihe, die im Ausland gedeckt werden soll, die Entwertung der Mark vergrößert den Einfluß des ausländischen Kapitals in Deutschland. Der deutsche Proletariat wird doppelt schuftet müssen für den Profit des inländischen und den des ausländischen Kapitalisten.

Weitere Entwertung der Mark ist eine automatische Konfiskation des Arbeitslohns durch die Verteuerung aller Produkte.

Der Verzicht auf die Erfassung der Goldwerte macht die Regierung zum Bürger der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die Regierung muß Steuern vom Proletariat einziehen, um die Anleihen, die ihr „großmütig“ von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellt werden, zu bezahlen. Die Regierung wird dadurch direkt an der größeren Ausbeutung des Proletariats interessiert. Sie stellt sich in den Dienst der Unternehmerrasserie.

Die neue Stimmeregierung wird mit Hand anlegen, daß der Achtstundentag abgeschafft wird, daß das Streikrecht aufgehoben wird, daß die Verfassung der Arbeiter vollendet wird. Der Staat wird sinnesfoll, die Regierung zum Hausknecht und Büttel von Stimmes, das ist der Sinn der neuen Finanzpolitik.

Die sozialdemokratischen Führer haben als greifbaren Erfolg ihrer Politik den Arbeitermassen die großen „revolutionären Errungenschaften“, den Achtstundentag, das Betriebsratsgesetz vorgezogen.

Und jetzt? Abschaffung des Achtstundentages, Aufhebung des Streikrechts. Die paar sozialpolitischen Rechte, die die Arbeiterschaft sich noch als Reste von revolutionären Errungenschaften gerettet hat, sollen verschwinden. Das ist das Programm der neuen Stimmeregierung, das sind die Folgen von Görlich.

Hilferding und Breitscheid auf dem Wege nach Görlich.

Die „Dena“ schreibt zu den Angriffen Stresemanns und anderer Volksparteiler auf Wirth:

Die erwähnten Vorgänge, die erst jetzt in Berliner politischen Kreisen bekannt geworden sind, können dazu führen, daß die ganze politische Situation im Reich, die in den letzten Wochen auf Koalitionserweiterung nach rechts zu sich entwickelte, wieder auf den alten Stand zurückgeführt wird, bei dem auch eine Koalitionserweiterung nach links in den Bereich der politischen Kombinationen eingeschlossen war. Es ist hierzu noch zu bemerken, daß der Beschluß des sozialistischen Parteitag in Görlich sich nicht an sich für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausspricht, vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien und Prinzipien einer Koalitionserweiterung überhaupt festlegt. Es muß in diesem Zusammenhang auch auf einen vielbeachteten Artikel von Karl Kautsky in der „Freiheit“ hingewiesen werden, in dem Kautsky den Görlicher Beschluß insofern beklagt, als er zu einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei und nicht der USPD führen soll. Die USPD war, nach Kautsky, bereit, ihren alten Standpunkt, nach welchem sie mit bürgerlichen Parteien prinzipiell in keine Koalition eintreten wollte, zu opfern, und sich zu einer praktischen Koalitionspolitik bereit zu erklären. Falls nun im Bereich der von der Deutschen Volkspartei eingeschlagenen Politik die auf eine Befestigung der Reichsregierung Dr. Wirths hinstellt, der Gedanke einer Erweiterung der Koalition nach rechts zum Scheitern kommen sollte — und dies ist nicht unwahrscheinlich, nachdem sowohl die SPD, als auch das Zentrum durch den Mund ihrer ersten Führer sich aus inner- und außenpolitischen Gründen für die Kanzlerschaft Dr. Wirths eingesetzt haben — so liegt es in der Natur der politischen Entwicklung, daß dann das Radel nach links schlägt und ernsthaft Versuche gemacht werden würden, die USPD zur positiven Mitarbeit an der Reichspolitik heranzuziehen.

Das bedeutet nicht etwa, daß Wirth und sein Gefolge: Zentrum, Demokraten und SPD. Stimmes den Kampf ansetzen. Es bedeutet nur eins: daß die USPD-Führerschaft um Breitscheid und Hilferding bei dem Handel um die Ministerstühle zwischen der Stimmepartei und der bisherigen Koalition als stiller Teilhaber daneben steht, bereit, jeden Augenblick in die Breiche zu springen, wenn die regierende Bourgeoisie es verlangt.

Die „prinzipielle“ Gegnerschaft gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen ist vergessen. Die Hilferdinge sind auf dem Wege nach Görlich begriffen.

Was sagen die USPD-Arbeiter zu dieser Anwendung des Leipziger Aktionsprogramms?

Was die Stimmepartei will.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt eine parti-offizielle Kundgebung der Deutschen Volkspartei, deren Kernsätze lauten:

Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so hat sie ihrerseits in Heidelberg ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer Koalition auf breiter Basis erklärt. Ein Ausblick von mehreren Möglichkeiten ist eingeleitet worden, um die Bestimmung zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierung möglich wäre. Soweit mit Rücksicht auf die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger im Personal- oder Ressortbereich, als in der Fortsetzung der Ausführung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellen Gebiete, bestehen.

Man sieht in diesen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reichs als äußerst ernst und gefährdet an und würde zu einer Mitarbeit sich nur bereit haben, wenn entsprechende Mittel ausfindig gemacht werden, um das Gleichgewicht des Reichshaushalts zu bewahren.

Die Deutsche Volkspartei verlangt also als Voraussetzung für die Beteiligung an der Regierung die Annahme ihrer Forderungen in der Steuerfrage. Die aus anderen Rechnungen ersichtlich ist, beantragt die Deutsche Volkspartei den Posten des Finanzministers für sich.

Die Stimmepartei wünscht also freie Hand für die Abwälzung der Steuerlasten auf das Proletariat. Das soll die neue Stimmeregierung besorgen. Görlich trägt Frösche.

Weitere SPD- und USPD-Stimmen zum Görlicher Parteitag.

Während die Führer der USPD, um Hülferding herum sich künstlich bemühen, keine klare Stellung zu den Beschlüssen des Görlicher Parteitages einzunehmen, richtet ein großer Teil der unabhängigen Provinzpresse die schärfsten Angriffe gegen die SPD. Die „Magdeburger Volkszeitung“ schreibt:

„In Görlich sind die Rechtssozialisten von den Arbeitern und Angestellten abgerückt, — und haben ihren Pakt mit den Großkapitalisten und mit dem reaktionären Bürgertum geschlossen.“

Die Chemnitzer „Volksstimme“ stellt fest, „daß die Entwertung des letzten Jahres in der Partei dahinging, daß in der Parteipresse fast restlos in den Arbeitermassen einstimmig die- ser Gedanke verworfen wurde“. Sie schreibt, daß „das wüste Respektieren“ gegen den Reichskanzler Wirth das Echo von Görlich sei.

„So ist das Echo des Görlicher Beschlusses, wie zu erwarten war, in den Kreisen, die es angeht, nicht allzu erfreulich.“

Das sozialdemokratische Bremer „Volksblatt“ polemisiert gegen die Kritik der USPD. Der Artikel Karl Kautsky in der „Freiheit“ habe anerkannt, „daß die bisherige Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Partei berechtigt sei“ und es setzt fort:

„Im übrigen sei aber darauf hingewiesen, daß selbst einflußreiche Führer der USPD von dieser Politik, die der Parteivorstand einschlagen wollte, unterrichtet waren und sich mit dieser Politik voll und ganz einverstanden erklärten.“

Praktische Solidarität für Sowjet-Rußland.

Die Arbeitslosen in Leipzig lieferten dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland als erste Rate ihrer Sammlungen 287,35 Mark ab.

Von den Koslitzarbeitern in Wiesdorf (Niederrhein) wurde dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland durch die Sparkasse der Bürgermeisterei Küpersteg der Betrag von 1212 Mark überwiesen.

Die Arbeiter der Fabrik in Schwientochowitz sammelten für die Rußlandhilfe 37397,60 Mark. Güttenarbeiter, für habt Euch brav gezeigt!

Der Arbeiterrat Döhlen, Maschinenfabrik, Sensen- busch in Rühlheim a. Ruhr, überwies der Arbeiterhilfe 2218 Mark.

Der Betriebsrat der Firma Robert Krause, Reform- motorenfabrik in Hüllich bei Ehrenberg, sammelte für die Rußlandhilfe 532 Mark.

Die Unternehmer und die Belegschaft der Firma Ferdinand Mothes, Lubitz bei Wurzen (Sa.) überwiesen der Rußlandhilfe gemeinsam den Betrag von 3000 Mark.

Auch die Waldarbeiter der Zehlfeld Breitenhain, Kreis Schweidnitz i. Schl., erwiesen dem hungernden Rußland ihre Solidarität und sammelten den Betrag von 104 Mark.

Auf drei Sammelstellen sammelten in dem kleinen Orte Erbach i. Vogll. mit kaum 2000 Einwohnern die kommunistischen Genossen 1182,90 Mark und lieferten diesen Betrag mit freudigem Begleit Schreiben ab.

Die öffentliche Jugendversammlung in Ludwigshafen a. Rh. brachte ein Sammelergebnis von 502 Mark.

Einen schönen Beweis solidarischer Opferwilligkeit brachten die Arbeiter der Produktivgenossenschaft der Sattler von Barmen-Elberfeld. Sie beschloßen in einer Versammlung, pro Mann den Verdienst für die Herstellung von vier Fußbällen, gleich 76 Mark, an die Arbeiter- Rußlandhilfe abzugeben.

Der Finanzausschuß der Stadt Barmen bewilligte in einer Sitzung 15000 Mark für das notleidende Rußland.

Die Einigung zwischen Wirth und Cerchenfeld.

Der Ausnahmezustand bleibt einweilen bestehen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß eine Einigung zwischen Wirth und dem Reich erzielt sei auf folgender Grundlage: Der § 1 der Ausnahmsverordnung wird dahin geändert, daß es an Stelle der Worte „zum Schutze der Vertreter der demokratisch-republikanischen Staatsform“ künftig heißt: „zum Schutze der Vertreter des öffentlichen Lebens“. Ueber die Ausdehnung des Ausnahmezustandes in Bayern einigte man sich dahin, daß der Reichsregierung dem Grafen Cerchenfeld eine kurze Frist zur Konsolidierung der innerbayerischen Verhältnisse zugestanden, nach deren Ablauf der Ausnahmezustand in Bayern aus der bayerischen Regierung selbst beseitigt werden soll.

Bochner soll weiter regieren.

München, 28. September.

Amlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Entfall der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittags Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuß des Landtages sein. Nur der verfassungsmäßige Entschluß des Landtages nicht vorzugreifen, wurde bisher von einer Veröffentlichung des Wortlautes der Abmachungen Abstand genommen. Redaktionskreise in der Hauptstadt sind mit großer Spannung der Entwicklung der Verhandlungen erlöset und der Einbruch erwartet worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen der Reichsminister des Innern selbständige Verfügungen treffen könne und der Landesbehörde lediglich das Recht der Bekräftigung an den Reichsausschuß bestehe. Das ist falsch. Es ist im Gegenteil maßgebend zu berücksichtigen, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Entfall des Reiches hat. Dem Reichsminister des Innern ist lediglich das Recht eingeräumt, an die Landeszentralbehörde ein Ersuchen um Entfall des Reiches und Bekräftigung zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, solchen Entschluß nicht folgen zu können, muß eine förmliche Entscheidung der parlamentarischen Körperschaft des Reichsausschusses ein.

Das Ergebnis dieser Verhandlung bedeutet die vollständige Kapitulation Wirths gegenüber der bayerischen Separatpolitik, bedeutet die Anerkennung des Reichs- systems durch die Regierung.

Der Ausnahmezustand bleibt einweilen bestehen. Die Verordnung des Reichspräsidenten wird ausschließlich von den Landesbehörden gehandhabt. Die bayerische Ortschaftsregierung und Bochner bekommen so eine neue Waffe zur Anbahnung der Arbeiterschaft in die Hand. Die Verordnung wird angewandt „zum Schutze der Vertreter des öffentlichen Lebens“. Jeder Ortschaftshauptling wird zu einer privilegierten Person.

Wo bleiben die Laten, die Wels in Görlich gegen Bayern angelündigt hat? Sind sie im Rausch der neuen Liebe zu der Stimmepartei vergessen worden?

Es ist Zeit, daß die Arbeiterschaft selbst das Wort ergreift.

Wie es in Bayern aussieht.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus München gemeldet, der Sonntag habe „im Zeichen der Gedentage des ersten kaiserlichen Reiterregiments Prinz Karl und des 3. Feldartillerie-Regiments Königin gefanden“. Beim Festzug waren die Prinzen Konrad, der zweite Sohn des Prinzen Leopold, der Herzog von Braunschweig und Prinz Franz, des Königs dritter Sohn, bei ihren alten Eskadronen eingetreten. Bei dem Festzug vor dem Armeemuseum hielten Prinz Leopold, der Chef beider Regimenter, und General von Kauffmann, der letzte Friedenskommandeur der Regimenter, Ansprachen. Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold wurden mit unbefriedigendem Jubel begrüßt.

Das Regime Lerchenfeld hat wirklich zu einer „Neuordnung“ geführt.

Die Oppauer Katastrophe.

Die Totenliste.

(WZB) Mannheim, 28. September.

Nach den bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Listen der bei der Explosion in Oppau Verunglückten sind 235 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgelegt sind und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhof übergeben wurden. Seitens der Angehörigen sind bis gestern abend 69 Personen als vermißt gemeldet worden. In den Krankenhäusern der Pfalz, in Mannheim, Heidelberg usw. sind 519 Verwundete aufgenommen worden.

Das Geschäft bleibt.

Ludwigshafen, 28. September.

Infolge des großen Bedarfs an Baumaterial, Glas usw. werden dafür ungeheure Wucherpreise gefordert. Das Kapital paßt sich jeder Situation an. Wie an dem großen Norden verkehrt es auch an diesem Unglück sein Geschäft zu machen.

Die Not der Obdachlosen.

Ludwigshafen, 28. September.

Wie groß die Notlage und das Elend der Oppauer Bevölkerung ist, geht daraus hervor, daß heute nacht die Einwohner, die noch in den Ruinen ihrer Häuser notdürftig Schutz gefunden hatten und dabei allen Anzeichen der Bitterung ausgegeseht waren, bei der plötzlich einsetzenden Kälte mit dem Rest ihrer Habe die Trümmerstätte verlassen mußten. Sie wurden in Gebäuden der Amalifabrik notdürftig untergebracht.

Die „Cöthener Räterepublik“ vor dem Reichsgericht.

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begannen die Verhandlungen gegen die Beteiligten am sogenannten „Cöthener Rittsch“ im Sommer des vergangenen Jahres. Angeklagt sind insgesamt 23 Personen wegen Verjudes des Verbrechens nach §§ 81 und 82 des Strafgesetzbuches. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Hegewisch, Dr. Neugebauer, Rechtsanwalt Joffe, Justizrat Viktor Franke, Justizrat Thiele, Leipzig, Justizrat Mothes. Den Vorsitz führt der Senatspräsident von Belagrus. Bei Feststellung der Personallisten verwarnte sich ein Teil der Angeklagten dagegen, daß sie vom Reichsgericht noch einmal abgeurteilt werden sollen, da sie doch vom Sondergericht in Dessau bereits wegen Hochverrats verurteilt worden seien. Verschiedene Angeklagte wurden vom Sondergericht in Dessau bis zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hegewisch, Halle, beantragt einen Gerichtsbeschluss, daß die Angeklagten durch das Urteil des Außerordentlichen Gerichts in Dessau nicht als bestraft gelten können, da das Gericht nicht rechtmäßig eingesetzt worden ist. Rechtsanwalt Hegewisch begründet in ausführlicher Rede die Unzulässigkeit der Ebertschen Ausnahmeverordnung vom 30. Mai 1920. Durch eine Neuierung des Landgerichtsdirektors Niehammer offenbarte sich das Gericht glänzend als Klassengericht. Landgerichtsdirektor Niehammer erklärte, daß man doch nicht jede Bildung von bewaffneten Haufen als Hochverrat und Versuch, die Reichsverfassung gewalttätig zu ändern, ansehen könne. Hochverrat ist nicht notwendig eingeschlossen in die militärische Verbandsbildung. Die Bildung von militärischen Verbänden könnte eine Versuch sein, dem Reich eine Nacht zu verleihen, die uns nach der Verfassung nicht mehr zusteht. (Riefgeschall usw. ist kein Hochverrat.) Mit diesem Ausspruch wollte Niehammer die Zuständigkeit des Ausnahmegerichts beweisen; von der Verteidigung wird dem widersprochen. Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung die Anträge der Verteidiger ab. Die Radmittags Sitzung wird ausgerufen mit der Vernehmung des Arbeiters Otto Pauli aus Zangerhausen und des Arbeiters Karl Boas aus Cöthen. Der Präsident kennzeichnet sich selbst am besten in der Frage an den Angeklagten Boas: „Ja, glauben Sie denn, daß jeder Rechtsputsch den Arbeitern schadet? Der äußert doch nur die Regierungsforn!“ Pauli gibt an, daß immer mit einem Rechtsputsch zu rechnen war, und er deshalb zur Bildung eines proletarischen Selbstschutzes aufforderte, weil von den Behörden nicht gegen rechts vorgegangen wurde. Er wollte die Verfassung und die Demokratie schützen, was seine Pflicht als Staatsbürger sei. Die Verfassung muß mit Gewalt verteidigt werden, wenn man sie mit Gewalt zu beseitigen sucht. Pauli bekannte sich als Vater des Gedanken einer Abwehrorganisation. Als geistiger Führer habe er sich immer gegen Lokalputsche gewandt. Die Parteiorganisation der RPP war in ihren Aufgaben eingestuft auf die Errichtung der Räterepublik.

Das Anklagematerial des Gerichts, das gegen Pauli vorgebracht wird, trägt auch für den Raubden den Stempel der Spitzelberichte. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, er solle in Mitteldeutschland eine komplette Armee mit fünf Divisionen, Geschützen und allen anderen Ausrüstungsgegenständen zur Verfügung gehabt haben. In einer Vernehmung soll Pauli gesprochen haben als Leiter „er R. Magdeburg und aufgefordert haben, eine rote Armee zu gründen, um gemeinsam mit Rußland gegen Frankreich zu kämpfen. Dem Boas habe Pauli Ertragstoff zur Verfügung gestellt und ihm den Auftrag gegeben, Panzer und Post zu besetzen. Pauli führt aus, daß es sich lediglich um Gespräche gehandelt habe für den Fall eines Rechtsputches. Er... der Verteidigung wird ein Beweisantrag gestellt, Sebring, Göring und Lipinski sollen als Zeugen geladen werden. Die Verhandlung soll acht Tage dauern.

Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuß.

Mansfeld und Leunawert.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages nahm am Montag seine Verhandlungen wieder auf. Aus den Eingängen, die der Vorsitzende Nutner verlas, ist folgendes ersichtlich: Vom Justizministerium ist eine zahlreichere Zusammenstellung über die Zunahme der Kriminalität in der Provinz Sachsen geliefert worden, die aber nicht das beweist, was damit bewiesen werden soll. Denn tatsächlich sind z. B. beim Landgericht Halle im Jahre 1919 an Straftaten 19 065 anhängig gewesen, im Jahre 1920 dagegen 20 485. Offenbar drückt sich in dieser außerordentlich geringen Steigerung nur der gewachsene Notstand der arbeitenden Bevölkerung aus. Der Magdeburger „Stahlhelm“ wendet sich mit Entrüstung gegen die Behauptung, daß er verfassungswidrig sei. Es sei auch nicht zutreffend, daß er Mehrheitssozialisten nicht aufnehme. Eine ganze Reihe von Mehrheitssozialisten zählt zu seinen Mitgliedern!

Das Mitglied des Angestelltenrats vom Leunawert, Kneip, sagt aus, vom politischen Terror könne nicht die Rede sein. Außerordentlich demokratisierend habe die Anfertigung von Privatarbeiten in den Werksanlagen für Beamte und Angestellte mit Genehmigung der Werkleitung gewirkt. Wenn Angestellte ganze Wagen voll herausfahren könnten, den Arbeitern aber am Werksausgang selbst Kleinigkeiten abgenommen würden, so mache diese ungleiche Behandlung böses Blut. Ueber seine Erlebnisse in der Kampfzeit befragt, erklärt der Zeuge, das Bestreben des Betriebsausschusses sei gewesen, den Betrieb unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Als die Lenkontrolle eingeführt wurde, habe er im Auftrage des Angestelltenrats dagegen protestiert und es sei ihm ohne weiteres das Recht zur eigenen Kontrolle der Angestellten eingeräumt worden.

Die Stilllegung des Wertes sei nach seinen Eindrücken durch die Werkleitung in der Absicht betrieben worden, die gewerkschaftliche Bewegung zu machen.

Als Kneip mit seinen Leuten und dem größten Teil der brauchbaren Waffen in den Wäldern abgetrieben war, haben die zurückgebliebenen Mitglieder des Aktionsausschusses den Abbruch des Kampfes beschlossen und die Werkleitung ersucht, in Verbindung mit der Sippe zu treten, um wenn möglich, das Werk kampfflos zu übergeben. Selbstverständlich sei eine Verbindung, wie angegeben wurde, nicht möglich geworden. Das glaube er nicht.

Wenn der Wille bestanden hätte, das Blutvergießen zu verhindern, wäre das sehr leicht möglich gewesen.

Es hätte nur die Polizei einen Parlamentär vor das Tor zu senden brauchen. An Widerstand dachte zu dieser Zeit kein Mensch mehr auf Seiten der Arbeiter. Die Artilleriebeschichtung war vollkommen unnötig und sie war auch gefährlich. Denn wenn sie auch mit Vorsicht geschah, sind doch einige Schiffe in die Hauptgefahrzone gefallen, in der ein unermeßliches Unglück entstehen konnte durch Brand. — Ueber standrechtliche Erschießungen im Leunawert äußerte der Zeuge, alle Todesopfer wären am Tage der Einnahme entstanden. Das Betriebsratsmitglied Daniel habe die Leichen besichtigt und ihm darnach

eine Reihe von Leuten genannt, die tot waren, die er (der Zeuge) aber nach der Einnahme des Wertes durch die Polizeitruppen waffenlos, zum Teil als Gefangene noch lebend gesehen habe.

Es sei ihm klar, daß Erschießungen vorgenommen worden seien. Sonderbar sei ihm auch erschienen, daß man die Namen der Getöteten nicht bekanntgegeben habe. Diese Vorkommnisse und die furchtbaren Mißhandlungen an Gefangenen hätten ihn empört. Er wäre deshalb zu Regierungsrat Kielhorn nach Merseburg gefahren und hätte diesen gebeten, dem Treiben Einhalt zu tun. Der aber hätte erwidert:

es wäre nun einmal Kampf, da müsse nun auch in Kauf genommen werden, was danach komme!

Ueber die Verhältnisse bei der Mansfelder Gewerkschaft jagte Zeuge Morgenstern aus Eisleben, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Mansfelder Gewerkschaften, aus, wenn die Arbeiter sich gegen die Werkspolizei erklärt hätten, so sei es nicht aus Abneigung gegen den Sicherheitsdienst geschehen, sondern infolge ihres Mißtrauens gegen die Beschäftigung von Offizieren. Es hätten die Diebstahle erheblich nachgelassen, als die Lenkontrolle nach den Vorschlägen der Arbeiter durchgeführt worden wäre. Wenn die Bergleute Kohle und Brennholz mitgenommen hätten, hätten sie

vielfach aus bitterer Not gehandelt. Die Löhne im Mansfelder Bergbau seien erheblich niedriger, als in anderen ähnlichen Betrieben. Gegenwärtig sei der Durchschnittslohn einschließlich der Häuer etwa 40 Mark pro Schicht, während im Braunkohlenbergbau 6 bis 8 und im Leunawert 15 bis 20 Mark pro Schicht mehr verdient würden.

Beschüler.

Von August Strindberg.

Rigel's war geschlagen, und Vosse fuhr fort:

„Ich kenne nichts Lieblicheres, als mich selbst sprechen zu hören; ob alle anderen dasselbe finden, habe ich nicht Zeit gehabt, zu ergründen. Oder was meinst du, Kurt?“

Die Krüde, die das zweckmäßigste von allen Gliedern des Krüppels zu sein schien, wurde dabei dem gähnenden Rurt in den Mund gesteckt, welcher lustige Einfall die allerliebteste Anerkennung der ganzen Gesellschaft erntete.

„Sört nun an, was ich euch sage, Lummel! Ihr wißt, daß der Bürgermeister und die hohen Herren den Gesellen nicht erlauben, zusammenzukommen, um etwas Verständiges über ihre Angelegenheiten zu sprechen; aber wenn sie zusammenkommen wollen, um zu tanzen und zu spielen, so dürfen sie's. Die Boten auf den Tisch, legt eure unreinen Hände auf diese Kratten und laßt sie tanzen, während ich euch ein besonnenes Wort sage. Ich wittere nämlich die unermutete Rückkehr eines Reiflers, denn sie trauen uns nicht mehr als billig. Spielt aus, so schwaße ich.“

„Die Geisse des Alten Testaments hatten die schöne Sitte, einen Mann über Bord zu werfen, wenn sie in Sturm kamen. Ich will die Zeit nicht empfinden, weil sie alt ist, sondern weil sie gut ist. Unsere Gesellschaft ist draußen in Seenot, und einer muß in die See. Eure Wahl ist auf mich gefallen. Das ist eine gute Wahl. Ich habe keinen Vater, der dasessen und steuern wird, ich habe kein Ansehen zu verlieren, denn ich habe zweimal wegen Völlerei im Loch gefessen. Ich habe keine Mädchen, die mir nachlaufen, und Kinder auch nicht, denn das Gesetz erlaubt solchen Krötenbilden nicht, sich fortzupflanzen, und da tut es recht, den sonst würden die Wälder halb zu Stöcken und Holzleinen für die süße Brut niedergeboren sein; übrigens will ich euch sagen, daß der, der die Zungen auf dem Rücken und das Herz unten in den Därmen hat, nicht so übermäßig lange leben kann. Nicht ichade um den Rest also! Vosse geht in die See! Aber eine Sache verlangt er, eine einzige! Ihr sollt mit ihm halten! Ihr sollt zeigen, daß ihr glaubt, er handelt recht, und daß er es nicht nur um seinetwillen tut, denn er hat ja nicht viel zu verlieren! Morgen jängt er an,

Die Lebensverhältnisse in Mansfeld seien aber keineswegs billiger, als anderswo. In einer Verhandlung mit der Direktion wegen der Diebstahle habe ein Arbeiter erklärt, daß er Holz mitnehmen müsse, weil er es sich nicht kaufen könne. Dazu komme, daß die Verforgung mit Brennstoffen in den Jahren 1917 und 1918 außerordentlich schlecht gewesen sei. Der Betriebsrat habe der Direktion hofers gemeinsamen Bezug von Brennstoffen zum Einkaufspreise nahegelegt, aber die Direktion habe sich erst nach sehr langen Verhandlungen dazu bereitwilligt. Ein Terror von links habe nicht bestanden. Auf die Frage, ob er etwas von Erschießungen oder Mißhandlungen wisse, erklärt der Zeuge, er habe mit eigenen Augen gesehen, wie im Seminar in Eisleben ein dort eingeleiteter junger Mann von zwei Schuposoldaten furchtbar mißhandelt wurde. Als er zu einer Verhandlung zum Polizeimajor Folte geführt wurde, hätten im Hofe des Quartiers vier Schuposoldaten mit biden Hohnstößen gestanden und einer von ihnen hätte höhniisch gesagt:

„Jetzt bringt Ihr wohl einen Edelspartakisten?“

Das sei gewiß vielsagend gewesen. Zum Schluß wurde der Generaldirektor Heinrich von der Mansfelder Gewerkschaft vernommen. Was er auslegte, sollte ein „ganz objektiver Bericht“ sein. Doch war es nicht weiter als eine Aneinanderreihung der Beschwerden an Hörtling und die Staatsanwaltschaft wegen der Februar- und Märzvorgänge. Von dem Unternehmen, dem er vorsteht, behauptete der Zeuge, daß es schwer um seine Existenz zu ringen hätte. Dabei haben die Aktionäre während des Krieges riesige Konjunkturgewinne gemacht und sie beziehen auch heute noch reichliche Dividenden. Die Aktion gegen die Werkspolizei im Februar bezeichnet er als Vorpiel zu den Ereignissen im März. Von der Versammlung am 3. Februar, wo die Mansfelder Bergleute befanntlich durch ihre Einmütigkeit die Verfolgung der politischen Ueberwachung und Verhinderung erzwingen, spricht er als von einem „großen Mißstand“, obzwar, wie er selbst zugeben muß, nicht das geringste passiert ist, obzwar die Streikenden in ihrer Resolution ausdrücklich erklärt hatten, sie wollten ihre Forderungen mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen. Daß die Direktoren der Gewerkschaft in seiner Abwesenheit mit den Streikenden Verhandlungen angestellt hätten, habe ihm mißfallen. Wenn es nach diesem brutalen Scharfmacher gegangen wäre, hätte er die Mobilisierung der bewaffneten Hörtlingbanden schon damals durchgeführt. Als der Zeuge von dem Oberleutnant Neumann, dem Organisator der Werkspolizei, sprach, entschloß er sich einmal das Wort „leider“. Genosse Kaban fragte ihn deshalb, was dieses „leider“ bedeuten solle, worauf verlegen die Antwort kam:

„Neumann war derjenige, unter dessen Leitung unser Haus beim Märzaufruhr ausgeräumt und gesprengt worden ist!“

Gewerkschaftliches.

Die Orgeßel unter der Arbeiterkass.

Uns wird geschrieben: Die durch Regierungsverlaß aufgelösten Orgeßelorganisationen existieren trotzdem nach wie vor munter weiter. Leider ist zu verzeichnen, daß es auch Arbeiter gibt, die sich, sei es aus Dummheit oder sonstigen Gründen dazu hergeben, die Reihen der Konterrevolution aufzufüllen. So wurde anfangs dieser Woche in einem Großbetrieb der Metallindustrie Berlin ein Orgeßelmitglied in Arbeiterkleidern eine Mitgliedskarte der „Selbstschutzzugang Ober-schichtweibe“ abgenommen. Die Arbeiterkass hat alle Ursache, auf dem Posten zu sein, damit ihr dieses Gesindel nicht über den Kopf wächst und ihr zu gegebener Zeit nach berühmten Muster in den Rücken fällt. Die Arbeiter des betreffenden Werks haben den Beweis ihrer Wachsamkeit erbracht und sind entschlossen, unter keinen Umständen derartige Elemente in ihren Reihen zu dulden.

Einigung im Buchdruckgewerbe.

Die unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brahn geführten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium haben am Sonnabend in später Stunde zu einer Einigung geführt. Die Unternehmer machten folgendes Angebot: In der höchsten Klasse der Gehilfen werden vom 1. Oktober ab 355 Mark, vom 15. November ab 380 Mark pro Woche mit entsprechenden Abstufungen für die Ledigen und für Orte mit niedrigeren Lokalschlägen bezahlt. Dieser Vorschlag wurde von den Gehilfen ver-

weigert. Was dann geschiedt, das werdet ihr sehen, und das weiß er selbst noch nicht, das hängt vom Glück ab. Und jetzt schwört mir auf meinen langen Arm, daß ihr mich nicht im Etüde laßt und euch in die Winkel vertritt, wenn es zum Krach kommt, ichwört das!“

„Bei allen Heiligen und Teufeln,“ murmelten die Gesellen und legten die Finger auf die Krüde.

„Amen!“ jagte Voo. „Stürzt nun den Fusel hinunter, denn ich höre den Reifler die Treppe heraufstürmen, und laßt uns ihm zeigen, daß wir uns nur mit löblischen und achtenswerten Handierungen beschäftigen.“

Gleich darauf trat der Meister ein, mit Schritten, die Schleichschritte vorstellten sollten, die aber infolge des reichlichen Herrtrinkens mehr den Fußschlägen eines städtischen Pierdes gleichen, das im Verdrill tanzt. Er wurde von den Gesellen mit Jubelrufen bewillkommet und von Voo mit einer Rede begrüßt, die mit einer Einladung endete, an einem unschuldigen Landtsknecht teilzunehmen; was zur Folge hatte, daß der Meister sich halb an dem einen Tischende befand, die Faust voller Karten. Als aber die Reihe an Voo kam, auszuspielen, war er veräppelnd, denn er wußte, was der morgende Tag für ihn bedeutete.

In einer verfallenen Küche unten auf dem Hof des Altermannes stand Voo am Vormittage des folgenden Tages, eingeschlossen, und arbeitete an der Meisterprobe, deren Auslösung ihm nicht verweigert werden konnte, die ihm aber nicht das Recht zu verschaffen vermochte, das Rannengießeramt in der Stadt auszuüben, weil, wie oben erwähnt, die Anzahl der Meister nur vier sein durfte und keiner von diesen während der Nacht verschoben war, trotz den starken Angriffen, die sie selbst auf ihr Leben gemacht hatten. Die Probe bestand darin, eine Flasche, drei Schüssel und eine Kanne zu gießen; doch die beiden ersten Arbeiten waren Voo erlassen worden, weil sein Geschick in deren Herstellung bekannt war.

Vor einem guten Kofenfeuer im Herz stand Voo und hielt seinen Schmelzriegel bei gleichmäßiger Wärme. Die Form, die er in Ton gefertigt hatte, war von feuchten Satten umgeben; mit einem schlechten Besmer wog er Blei und Zinn, die er in den Ziegel legte. Die Masse floß bald zusammen und bildete eine ebene Fläche; die Form füllte sich mit dem fließenden Metall und in einigen Augenblicken war die Kanne gegossen. Auf

tretern angenommen. Ueber die Einzelbestimmungen der neuen Leuerungszulagen wird noch weiter verhandelt werden. Wie uns vom Verband der Buchdrucker noch mitgeteilt wird, sind oblige Sätze für Berlin um 30 Mark höher. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr bei der Gehilfenschaft.

Aus der Partei.

Zur wirtschaftlichen und politischen Lage.

Die Zentrale verfenbet ein Rundschreiben an alle Ortsgruppen, dem wir folgendes entnehmen:

Infolge des Sturzes der Mark, der Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte und schließlich auch infolge spekulativer Einbedingungen befindet sich die deutsche Wirtschaft augenblicklich in einer neuen Scheitelfunktion. Eine Anzahl von Industriezweigen (Textilindustrie, Baugewerbe, Metallindustrie, Bergbau) zeigen einen stärkeren Beschäftigungsgrad. In anderen Industrien ist die Konjunktur nicht so ausgeprägt (z. B. Metallindustrie). Der Abfall geht sowohl ins Ausland, wo die Mark-Waluta eine Schmutzkonkurrenz ermöglicht, als auch ins Inland, wo die gestiegenen Preise für Produkte der Landwirtschaft eine höhere Nachfrage nach Industriewaren erzeugt haben. Gleichzeitig vollzieht sich eine steigende Entwertung des Geldes, also ein Sinken der Reallohn- und eine steigende Verschuldung des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

In dieser Lage hat sich in den breitesten Arbeitermassen spontan das Bedürfnis herausgebildet, eine einheitliche Kampfesfront gegen die Bourgeoisie zu bilden, um die Verschlechterung ihrer Lebenslage abzuwehren. Die im Reich am Ruder befindliche kleinbürgerlich-demokratische Regierung Wirth-Grabauner-Bauer sah sich genötigt, dem Drang der Massen, wenn auch nur wenig und nur scheinbar, nachzugeben in der einzuschlagenden Finanz- und Steuerpolitik. Die große Bourgeoisie, die sich bedroht sah von der neuen Welle der Arbeiterbewegung und von der Steigung in den kleinbürgerlichen Schichten, versuchte zunächst die kleinbürgerlich-demokratische Regierung einzuschüchtern und ihr finanziell die Fingel krasser zu ziehen. Die Einschüchterung geschah durch die Ermordung Erzbergers. Der finanzielle Druck auf die kleinbürgerliche Regierung wurde ausgeübt durch die Sabotage der ersten Wiedergutmachungszahlungen.

Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Im ersten Schreden tief die kleinbürgerliche Regierung Wirth die Arbeiter auf die Strafe. Aber sie wurde mehr erschreckt von den Arbeitern als von dem Dolch der monarchistischen Mordelender. Sie stellte sich deshalb auf ein faules Kompromiß mit der monarchistischen Konterrevolution und auf eine Koalition mit der großen Bourgeoisie, die sich wieder einmal auf den Boden der Republik stellt, da sie sieht, daß der offene Aufmarsch der monarchistischen Konterrevolution Arbeiter und Kleinbürger auf die Beine bringt und daß vorläufig das Proletariat und die kleinbürgerlichen Massen nur unter der Fahne der Republik an der Stange zu halten sind.

Die politische Lage läßt sich also ganz kurz so bezeichnen: die große Bourgeoisie (politisch vertreten durch die Deutsche Volkspartei) reißt der kleinbürgerlichen Demokratie die Hand, um sie dadurch in die Gewalt zu bekommen und den Aufmarsch der Volksmassen zu bremsen. Gleichzeitig unterstützt dieselbe Großbourgeoisie weiter die monarchistischen Offiziere, Orgeßelbanden, die konterrevolutionären Beamten, Richter, Staatsanwälte usw., um sie als letzte Hilfe bereit zu haben, wenn der Schutzdamm der kleinbürgerlichen Demokratie gegen den Ansturm der Massen zermürdet werden sollte. Gleichzeitig machen die Großindustrie und die Banken ein edelmütiges Angebot an den Staat, ihm Kredite für die Wiedergutmachungszahlungen zur Verfügung zu stellen, womit zweierlei erreicht werden soll: Erstens die Abwehr einer ernsthaften Belastung des Vermögens und zweitens die direkte Erkaufung der kleinbürgerlich-demokratischen Regierung. Diese Entwicklung ist zu einem vorläufigen Abschluß gekommen durch die Beschlüsse des Göttinger Parteitages der SPD., die den Weg freimachen für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, d. h. zugleich mit der Partei des Großkapitals.

Däumig und Hoffmann aus der SPD. ausgetreten.

Die Genossen Ernst Däumig und Adolf Hoffmann haben in der gestrigen Sitzung der kommunistischen Reichstagsfraktion ihren Austritt aus der Fraktion und der Partei erklärt.

Der Drehbank schloß er jetzt die Kanne weg und mit Hinstreichen wurde das Metall glänzend wie Silber gemacht. Die Kanne war fertig, und sie gab einen starken Klang.

Zwei Stunden hatte er noch vor sich, ehe er hinausgelassen und seine Arbeit gemauert werden sollte. Er setzte sich auf einen Schenkel, um auszuruhen, und er nahm seine Arbeit in Augenschein. Hier war dem alten Handwerker eine neue Richtung gewiesen. Seit urberulichen Zeiten waren die Kanne hoch und in der Mündung sehr schmal gewesen, was den Nachteil hatte, daß sie nicht, oder wenigstens nur mit großer Schwierigkeit inwendig ausgewischt werden konnten, da die Hand mit dem Wischloch nicht hineinging. Die Folge davon war auch, daß die Kanne niemals rein waren. Die einzige Verbesserung, die man im Laufe der Jahr vorgenommen hatte, war die, daß man die Anwendung des Bleis verbot. Aber das hatte nur den Nachteil gehabt, daß die Gefäße teurer wurden, ohne daß dem Liebesstand in nennenswertem Maße abgeholfen wäre.

Jetzt hatte Voo die Frage auf eine sehr einfache Art gelöst. Um die Kanne inwendig wachser zu können, hatte er die Form geändert und sie in der Mündung weiter gemacht, so daß man mit der Hand hineinkommen konnte; um sie billig zu machen, hatte er Blei zugefügt; um sie aber ebenso handlich und schön zu machen, als wenn sie aus reinem Zinn wäre, hatte er ein neues Verfahren angewandt, das Kalkglas genannt wurde, und das darin bestand, daß die Form durch feuchte Lappen kalt gehalten wurde; dadurch wurde die einzige Missetzung, welche die Anwendung des Bleis mit sich bringen konnte, aufgehoben.

Voo hatte also allen Grund, mit seiner Reuheit zufrieden zu sein, wenn er auch keine großen Hoffnungen hegte, sie von den Alten anerkannt zu sehen. Als die Zeit zu Ende war, war ein Schlüssel im Schloß zu hören, und die Tür ging auf. Der Altermann trat ein, vom Altesellen begleitet, der das Meisterstück ins Rathaus zu tragen hatte, wo es beschaut werden sollte. Der Altermann war nicht heiter; wenigstens trug sein Gesicht Spuren von furchtbaren Gemütsbewegungen und bösen Träumen, vielleicht Wirkungen einer durchwachten Nacht und eines Raufes. Das Meisterstück wurde mit einem Tuche verhüllt, und nun wanderte man zum Rathaus hinauf, der Altermann zuerst, der Altesellen dann, und zuletzt kam Vosse, wie eine Elster auf seinen Krallen daherschwebend.

(Fortsetzung folgt.)

Pflicht eines jeden Genossen ist es, wenn er wirklich Kommunist sein will, Donnerstags und Freitags die Distriktsabende zu besuchen.

Breslauer Nachrichten.

Nach Liebermann — Loh.

Kriminalkommissar Loh nach Stettin versetzt.

Der neue Polizeipräsident hat angekündigt, daß er „sonal auf dem Boden der Verfassung“ stehe. Wenn wir auch den republikanischen Liebermanns von Gerichtsbearbeitern, besonders wenn sie vorher Oberstaatsanwalt waren, nicht viel Glauben schenken, so nehmen wir an, daß als erste „republikanische Tat“ die Befreiung des Beschüßers der Reaktion und Kommunismisstriffers Loh gelten kann. Wir hoffen, uns nicht zu täuschen. Dieser Loh, der als Assistent des Liebermann so viele Kommunisten ins Gefängnis gebracht hat, der sich rühmte, unseren Genossen Klein ins Gefängnis gebracht zu haben, der mit seinem Herrn als Schweighund durch das abtrottelnde zu späte Verbieten der Weihnachtsdemonstration das Blutvergießen auf dem Palastplatz mitverschuldet hat, ist auch der Urheber der berühmten schlesischen Käterepublik, die nach den veralteten Gehirn einerer Polizei- und Gerichtsbeamten von unseren Genossen im Herbst 1921 geliefert werden sollte.

Dieser Loh hat mit Hilfe des Staatsanwalts Gomben Attentate und Raubzügen den Kommunisten in die Schuhe geschoben. Er hat der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ die Forderung abgetrieben und mit seinen Gefellen wochenlang auf der Post und auf der Bahn unsere anderwärts gedruckte Zeitung beschlagnahmt.

Loh hat alles dies getan unter der Marke eines Liebermanns, der als sozialer Republikaner nur nach seinem Verstand handelt. Dieser gefährliche reaktionäre Dursche wird wieder unter freundschaftlicher Maske versuchen, unsere Genossen in Stettin ins Zuchthaus zu bringen. Wir werden aber Sorge tragen, daß er auf seinem neuen Tätigkeitsfeld keine Vorbereitungen auf Kosten der KPD. erntet.

Die schlesischen Kommunisten werden aber diesen Loh samt seinen Liebermann nicht vergessen bei der Generalabrechnung, die das Proletariat halten wird.

Die „Tagbau e. G. m. b. H.“

Eine Reparaturwerkstatt des „legalen und illegalen“ Selbstschutzes.

In Breslau, Gröblichener Straße, hat sich vor längerer Zeit die sogenannte „Tagbau“ e. G. m. b. H. aufgetan. Dieser Gesellschaft steht als Direktor der Oberleitner der Reserve Leuschow vor, der außer dieser Direktorstelle noch Offizier der Reichswehr ist und von dieser sein Gehalt weiterbezieht. Die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter sind Genossen, die an der Gesellschaft mit je 1000 Mark Anteil interessiert sind. Das sind meistens ehemalige Heeresangehörige der verschiedenen Eoragen, die bei den konterrevolutionären Erhebungen (Kapp-Putsch, Kappsturm, Oberschlesien) und bei dem Niederschlagen der Arbeiter hervortragend mitgewirkt haben.

Der Direktor Leuschow steht nicht nur mit offiziellen Regierungskreisen in Verbindung und bekommt von ihnen sowie von der Reichswehrbandgesellschaft Aufträge, sondern er verkehrt und arbeitet für das ganze reaktionäre Gefindel vom Landwehrheimatweiser Oberschlesien, für die Arbeitsgemeinschaft Kockbach und seine Ableger, für die Orgel, die ihre Büros in der Claustrstraße, Claustrstraße und im Landeshaus haben.

Dieser Leuschow hat sich als besonderen persönlichen Schutz einen Wachmeister der Reserve M., der bei den Berliner März-Kämpfen eine Rolle gespielt hat, engagiert.

Diese Tagbaugesellschaft arbeitet offiziell für die Erbauungsgesellschaft, indem sie Baffen abmontiert und dabei selbstverständlich zuseht, daß die Orgel und der Selbstschutz nicht zu kurz kommen. Zu offiziell reparieren sie den Heerespark der Arbeitsgemeinschaften und des ober-schlesischen Selbstschutzes.

So konnten wir feststellen, daß in den Räumen der Tagbau-Gesellschaft ein großer Kesselballon zur Reparatur lagert. Ferner sind mehrere Panzerwagen in Reparatur. Weiter lagern dort eine Anzahl von Tornistern und mehrere große Scheinwerfer.

Als unsere Leute in dieser Sache beim Oberpräsidenten vorstellig wurden, sagte man die Beschlagnahme der betreffenden Gegenstände zu. Obwohl die Sozialdemokraten auf dem Oberpräsidium wissen, daß gepanzerte und Panzerwagen nicht hergestellt und verwandt werden dürfen, stellen sie sich auf den Standpunkt, daß es notwendig sei, veraltete Sachen zu haben, um den Oberschlesiern in ihrem ebenbürtigen Kampf gegen die Polen beizustehen.

Demgegenüber stellen wir uns auf den Standpunkt, daß keine Waffe und kein Mann nach Oberschlesien zu kommen habe. Wir wissen, daß die Liquidierung der ober-schlesischen Angelegenheit von dem ober-schlesischen Proletariat, ob deutsch oder polnisch, zu erledigen ist und daß der Selbstschutz und die Hilfe aus dem Reich nur im Interesse der deutschen Großbourgeoisie gesandt wird.

Ferner steht fest, daß im Falle eines polnisch-russischen Konfliktes alle bürgerlichen, nationalen Gegensätze verschwinden, die deutschen und polnischen Faschisten ihre Streitart begraben und die Waffen anwenden zur Niederschlagung des Feindes aller Kapitalisten Sowjetrußlands.

Aus diesem Grunde können wir die Bedenken des Oberpräsidenten nicht teilen, daß bei einer Auflösung der Tagbau-Gesellschaft circa 30 Leute arbeitslos werden. Derartige reaktionäre Äußerungen müssen aufgehoben werden. Jedenfalls müssen sie unter Kontrolle von gewerkschaftlichen Betriebsräten arbeiten, nicht unter dem reaktionären Bruder Leuschow, der es mit seiner Ehre vereinbaren kann, gleichzeitig von einer republikanischen Behörde und von seinen reaktionären Spießgesellen Geld zu empfangen, während er seine Leute mit Hungerlöhnen obdriest und ihnen jeden Nebenberwerb verbietet, ihnen aber Verprechungen bei der Wiederaufrichtung der Monarchie macht.

Provinznachrichten.

Scheidemanns Schwanengefang in einer Görlitzer Volksversammlung.

Einen Tag, nachdem der Görlitzer Parteitag der SPD. die Plattform für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei bestimmt hat, hält Philipp Scheidemann die erste Programmrede dieser Koalition in einer Görlitzer Volksversammlung. Was sich hier verabschiedet unter der gewohnheitsmäßigen Phrasenphilippika gegen rechts zeigt, ist, daß die neuen Sinnesfreunde sehr wohl wissen: die schöne Plattform, mit der man den SPD-Arbeitern die neue Koalition schmacht machen will, muß in der Praxis des Bündnisses mit dem Großkapital in nichts zerrinnen.

So baut Philipp schon ab. Wo es in der Plattform noch läßt Republikanisierung der Verwaltung“ heißt, empfiehlt Philipp den monarchistischen Richtern zartfühlend, sie sollten sich einfach auf den Boden der Verfassung stellen oder mit den doch freiwillig ihren Abschied nehmen. Von den Zuständen im Reichswehrministerium der Wittregierung, an der immerhin auch die Sozialdemokratie beteiligt ist, erzählt er, daß es dort „von jungen Leuten Ludendorffs wimmelt“. Was mit den jungen Leuten zu geschehen hat, verschweigt Scheidemann.

Die Steuerforderung der SPD., die Heranziehung der Zehnjährigen der Kapitalisten, schwindet ebenfalls in den

Hintergrund. Nachdem Reil auf dem Parteitag dafür gesorgt hat, daß die Reichstagsaktion nicht auf diese Forderung festgelegt werde, erklärt Scheidemann, daß man den Devisenbeschaffungsplan der Industrie und der Banken, durch den gerade dieser Steuerplan zu Fall gebracht werden soll, nicht von vornherein abweisen soll.

Die Koalitionplattform der SPD. ist wie gewonnen, so zerronnen. Und übrig geblieben sind die Kapitulation vor Sinnes, der offene Übergang in das Lager des gegenrevolutionären Großkapitals und die radikalen Versammlungspraxen Philipp Scheidemanns.

Weißwasser. Eine gutbesuchte Glasarbeiterversammlung tagte am Montag, 21. September, im Restaurant „Wilhelmshöhe“. Kollege Hoffmann gab Bericht von den Schiedsgerichtsverhandlungen für die Weichglasindustrie. Es wurde dort folgender Spruch gefällt: Glasmacher, Schmelzer, Hafenschneider, Formmacher, Schmelzer und Schürer, soweit sie verheiratet, erhalten eine Feuerungszulage von täglich 8 Mark, Ledige eine solche von 6 Mark; Gehilfen dieser Gruppen Verheiratete 10 Mark, Unverheiratete 6 Mark, Rübelsmacher 5 Mark und Einträger 4 Mark; alle nicht genannten Gruppen Verheiratete 10 Mark und Ledige 6 Mark; Arbeiterinnen: Witwen mit eigenem Hausstand 9 Mark, ledige Arbeiterinnen 5 Mark. Der Schiedspruch hat Wirkung ab 1. September. Bis zum 23. September haben sich die Parteien zu entscheiden, ob sie den Schiedspruch annehmen. Rühbar ist der Spruch erstmalig am 15. Oktober mit einer Frist von vierzehn Tagen. Nach langer Debatte, in welcher die Unzulänglichkeit des Schiedspruchs betont wurde, wurde ein Antrag einstimmig angenommen, durch welchen der Schiedspruch von der Glasarbeiterchaft Weißwassers angenommen, gleichzeitig aber gefordert wird, daß bis zum 15. Oktober die Betriebsräte der Glasindustrie aus der Gruppe zusammenkommen und erneut zu dieser Frage Stellung nehmen. Von den Tarifverhandlungen der Tafelglasindustrie teilte Kollege Engel mit, daß die Verhandlungen gescheitert sind und daß in den einzelnen Bezirken jetzt selbständig vorgegangen wird. Den seit langer Zeit ausgeperrten Tafelmachern der Lausitz wurden auf Antrag 2000 Mark bewilligt.

Achtung!

Es ist Pflicht einer jeden Ortsgruppe resp. Korporateurs, und sofort die genaue Abonnentenzahl für Monat Oktober anzugeben.

Propaganda-Exemplare sind beim Verlag extra anzufordern.

Wir ersuchen um genaue Angaben, da hiernach mit dem Verlag abgerechnet werden muß.

Lebensmittelverteilung.

I. Vom 29. September bis 11. Oktober 1921: Auf Nährmittelfarte 248 und Zusatznährmittelfarte 58 je ein Pfund Grieß 3,20 M., nur in den leßten bekanntgegebenen 24 Verkaufsstellen.

II. Vom 28. September bis 8. Oktober 1921: Auf Lebensmittelfarte T 17 2 Pfund amerikanisches Weizenmehl 7,20 M.

Die Bekanntmachung der Lebensmittelverteilung an den Anschlagtafeln erfolgt nicht mehr.

Stabverteilungsstelle, Abteilung Nahrungsmittel.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin, Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.



Täglich geöffnet.

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr
Das glänzende
Varieté-Programm

Möbel aller Art

zu streng soliden Preisen
L. Rosner, (Linsend. 3)

Esperanto.

Das proletarische Kampfmittel von unermesslichem Wert muß jeder angeklärte Arbeiter besitzen.

In der ersten Oktoberwoche beginnen in Breslau

5 Anfängerkurse in der internationalen Hilissprache Esperanto.

Die Teilnahmegebühr beträgt 20,- M. inkl. Lehrbuch. Für Jugendliche und Erwachsene 15,- M.

Vornamebuchungen sind zu richten an:

Elisabeth Beckmann, Breslau, Mierstr. 35 III.
Joh. Bunde, Breslau, In den Kajernen 6b IV.
Erich Glitz, Breslau, Goethestr. 67 IV.
Willy Hurling, Breslau, Bornwischer 62 II.

Ein einziger Vortrag und die Bekanntgabe der Unterrichtslokale findet am Sonntag, den 2. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr, Semmering 2 (Historisches) statt.

Deutscher Arbeiter-Esperantisten-Bund, Gruppe Breslau.

Genie vorzeitig verschied nach langem schweren Leiden, das er sich in seinem Beruf geholt hat

Fritz Belle

Sein Leben war Kampf ums tägliche Brot, Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung.

Emma Belle als Frau und vier Söhne.

Herrsdorf (Kunz), 24. Sept. 1921.

Anzeigen

haben in der
„Schles. Arbeiterzeitung“
den größten Erfolg.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich mit meinem vielbewährten **Flechtenheilmittel** in 8 bis 14 Tagen. Lebhafte Beschreibungen. Eine Flasche kostet Preis 25 Mark.
F. Müller, Leinwandg. Bremen, Große Krummenstraße 23. Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Die Dritte Internationale

ist die einzige Gegnerin der kapitalistischen Clique. Alle Mächte der Reaktion haben sich zusammengefunden im Kampfe gegen den Kommunismus und deshalb

fordert

die Dritte Internationale den engsten Zusammenschluß der revolutionären Arbeiterschaft. Um das zu erreichen, muß jeder Genosse und jede Genossin immer für Partei und Presse tätig sein. Genossen und Genossinnen! Seht am Auf- und Ausbau der Partei und Presse! Zeigt

Taten!

Ich bestelle hiermit _____ Exemplare der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.
(Section der kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Euer täglich Brot

Arbeiter, ist enorm verteuert worden. Schmach den Hungernötzen erger, denn ihr könnt die hohen Preise nicht bezahlen. — Die teilsweise Freigabe der Getreideausfuhr war eine Liebesgabe der Reichsregierung an die Arbeiter.

Die Folge ist die unerhörliche Steigerung der Brotpreise.

Die gegenwärtige Regierung wird gebildet aus bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Diese Parteien tragen auch die Verantwortung für die Preissteigerung.

Mit der Vereindung soll nun die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgerichtet werden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Günstigt für Euch ist die Gefahr eurer Lebensgefahr! Schützt die unüberwindliche, unüberwindliche Mauer der Millionen Entschlossener und Unerschrockener!

Es geht um eure Existenz!

Die Partei des revolutionären Proletariats, die kommunistische Partei wird an eurer Seite stehen!

Die Weihnachtsdemonstration der Erwerbslosen vor dem Schwurgericht.

Aufdeckung der verbrecherischen Maßnahmen des ehemaligen Polizeipräsidenten Liebermann.

Am Freitag, den 30. September, soll das Schwurgericht in Breslau unseren Genossen Klein, der dort 7 Monate von der republikanischen Justiz unter den standhaftesten Verhältnissen festgehalten wird, verurteilen. Auf die Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes, die in richtiger deutschnationaler Weise abgefaßt ist, hat Genosse Klein untenstehende, von uns etwas gekürzte Erwiderung der Anklagebehörde übergeben. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht wird wieder einmal ein Schulbeispiel abgeben für unsere Behauptung, daß die monarchistischen, reaktionären Justizbehörden mit den skrupellosesten Mitteln gegen revolutionäre Arbeiter und ihre Vertreter vorgehen, aber keinen Finger rühren, um die verbrecherischen Kapplisten zu belangen.

Ferner wird sich in der Verhandlung das verbrecherische Treiben des popanzigen Herrn Liebermann klar zeigen, der zusammen mit seinem jungen Mann Loh den Zusammenstoß der Demonstranten mit der „Sipo“ direkt vorbereitet und provoziert hat. Die Redaktion.

Im Dezember ging eine allgemeine Bewegung durch die erwerbslosen Arbeiterschaft Deutschlands und machte sich aller Orten in Manifestationen für eine Weihnachtsgeldzulage Luft. In zahlreichen Städten veranlaßten die Kundgebungen die Gewährung dieser bitter notwendigen Zulage, doch nirgends kam es zu solch folgenschweren Zusammenstößen, wie sie sich in Breslau ereigneten.

Da zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter Breslaus durch die Verwendung von Streikbrechergarden (sog. Technische Nothilfe) ihren Abschluß gefunden hatte, andererseits eine große Lohnbewegung der bei Post, Telegraph und Eisenbahn beschäftigten Arbeiter und Beamten in der Schwebe war, beschloß die Leitung, Ortsgruppe Breslau, der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) mit dem bei den Alten befindlichen Flugblatt hervorzutreten und in einer großen Verankerung (Demonstration) zu den wirtschaftspolitischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Mit diesem Referat betraute sie mich.

Zwecks gemeinsamen Vorgehens wandte sich die Ortsgruppenleitung der KPD zunächst an den Erwerbslosenrat Breslau. Da die Ortsgruppenleitung durch diesen erfuhr, daß verantwortliche Magistratsbeamte am 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bereit seien, mit einer Abordnung der Demonstranten zu unterhandeln, ließ sie sich von ihm bestimmen, die bereits für den 1. Feiertag vormittags beschlossene Veranstaltung auf den Nachmittag des dritten Feiertages festzusetzen. Zwischenzeitlich und Unklarheit ließen den Erwerbslosenrat auch nach dieser Abmachung noch wiederholt in seinen Entschlüssen schwanken, so daß auf seine Beteiligung nicht mit Sicherheit zu rechnen war. Immerhin stellte die Mehrheit des Erwerbslosenrats von ihm unterzeichnete Plakate mit der Aufforderung, an der Demonstration teilzunehmen, an der Erwerbslosenratvorstellung (Sonnenplatz) auf. Einrufer der Demonstration war also nicht ich, sondern die Leitung der Ortsgruppe Breslau der KPD bzw. der Erwerbslosenrat.

Der Gedanke, den die KPD bei dieser Veranstaltung zum Ausdruck brachte, ist in dem Flugblatt der Ortsgruppenleitung niedergelegt. Dieses weist die Arbeitlosen auf den einzigen Weg, zu ihrem Rechte zu kommen, das einmütige Zusammengehen mit den Arbeitenden, es weist die Arbeitenden auf die Wichtigkeit tatkräftigster Unterstützung der Forderungen der Arbeitlosen hin, die sonst verzweifelt ihnen in ihren eigenen Lohnkämpfen als

Streikbrecher gleichfalls in den Rücken fallen würden. Der Appell zur Einheit aller Arbeiterschichten in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen — das war der Inhalt dieser Weihnachtskundgebung der kommunistischen Partei.

Freilich, Polizisten und Staatsanwaltsgehirne haben mit wenig Witz und viel böswilliger tendenziöser Entstellung von Worten und Tatsachen aus diesem politischen und gesetzlichen Inhalt ein Verbrechen, und zwar ein kriminelles gemacht. — Das Unmoralische versteht sich im deutschen „Rechtsstaat“ immer von selbst. Ich aber erkläre diejenigen, die eine unbewaffnete Menschenmenge zur gewaltsamen Unterdrückung wirtschaftlicher oder auch politischer Forderungen in die Maschinengewehre der bewaffneten Macht hineinführen würden, für Wahnsinnige oder Verbrecher, die es verdienen, von der revolutionären Arbeiterschaft an der nächsten Laterne aufgehängt zu werden. Die kommunistische Partei und ihre verantwortlichen Vertreter haben ein derartig verbrecherisches Treiben nicht befürwortet oder unterstützt, es würde ihrer Taktik absolut widersprechen. Für die KPD ist die Gewalttat kein sittliches Prinzip, wie sie es für die Staatsanwaltschaft, die sich deutschnational nennt, ist. Für die KPD ist der bewaffnete Aufstand ein mögliches Mittel, das lediglich zur Erreichung des Endzieles Anwendung findet. Wir verworfen den Putz, weil wir die Revolution wollen. Der Weg der Revolution (der einmaligen und allgemeinen Aktion der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten) bedingt aber geradezu gebieterisch, daß lokale Erhebungen, Kräftezersplitterungen, wie jene von ruchlosen Kreaturen lügnerscherweise anlässlich unserer Weihnachtskundgebung unterstellten Putzabsichten unterlassen werden. An dieser Tatsache über unsere Taktik wird auch dadurch nichts geändert, daß der Staatsanwalt sich auf gegenrätliche Zeitungen beruft, die auf Grund des zurechtgefertigten Polizeiberichts, ohne eigene Kenntnis des Sachverhalts aus agitatorischen Bedürfnis etwas anderes behaupten. Jeder Sachverständige, der ohne Klassen- und Parteivoreingenommenheit zu urteilen vermag, wird das bestätigen. Insbesondere stelle ich unter Beweis, daß ich in der Partei in Schlesien vor den Ereignissen vom 27. Dezember 1920 diesen Standpunkt der Partei nachdrücklich vertreten habe. Die Demonstration vom 27. Dezember war in allen Stücken eine friedliche unbewaffnete Versammlung einer großen politischen Partei und durch die verfassungsmäßig gewährleistet „Versammlungsfreiheit“ geschützt. Das Verbot einer solchen Kundgebung war eine überflüssige Dummheit, wenn nicht Schlimmeres; jedoch ein Beweis für hohle Unfähigkeit oder verbrecherische Absicht war der Gebrauch, den man von diesem Verbot machte. Für die Erlassung einer solchen Verordnung hat ihre gesetzliche Durchführbarkeit maßgeblich zu sein. Ein Demonstrationsverbot ist aber undurchführbar, wenn es nicht durch die Zeitungen mindestens des vorhergehenden Tages bekannt gemacht, d. h. dem Einrufer zur Aenderungs seiner organisatorischen Maßnahmen mindestens zwei Tage zuvor unterbreitet ist.

Von diesem Verbot hatten jedoch weder die Einrufer noch ich bis zu dem Augenblick Kenntnis, in dem sich seine vorklagenden Folgen vor unseren Augen abspielten, von uns also selbst beim besten Willen nicht mehr abwenden ließen!

Die Entscheidung hierfür, daß die verantwortlichen Leiter der Ortsgruppe Breslau, die zu der Kundgebung aufgefordert hatte, den Polizeigewaltigen nicht bekannt gewesen seien, ist eine glatte Lüge, da jene durch eifrige Spitzeltätigkeit nachweislich sehr genau über den gesamten Funktionärskörper der KPD unterrichtet war. Ueber dies hat der Loh mit dem Sekretär der Ortsgruppe vor dem Referat gesprochen, und es demnach unterlassen, ihm das Verbot zu überreichen, das er in der Tasche lag.

Tatsächlich übergab ein Kriminalbeamter (nicht Loh) mir dieses geistreiche Verbot, obgleich ich nicht der Einrufer, nicht der Leiter der Veranstaltung, also auch nicht

berechtigt, aber schon gar nicht verpflichtet war, ihr irgendwelche unvorhergesehene Wendung zu geben. Die letzte Möglichkeit, den Versammelten das Verbot wenigstens mitzuteilen, nahm Loh uns dadurch, daß er es mir erst nach Beendigung meines Referats, nachdem ich von dem Vorbau der Schlosskranke herabgesprungen war und sich der Demonstration zugewandt bereits in Bewegung gesetzt hatte, übergeben ließ.

Jeder Sachverständige, der die organisatorische Leitung von Arbeiterdemonstrationen aus der Praxis kennt, jeder Sachverständige, der die Wirkung berätiger Polizeimaßnahmen, besonders solch unerwarteter plötzlicher, auf die Psychologie von Arbeitermassen kennt, wird bestätigen, daß diese Verordnung zu diesem Zeitpunkt in dieser Situation überreicht, eine Gefährdung für Ruhe und Ordnung zwangsläufig heraufbeschworen mußte, daß sie der Anlaß zu den Ereignissen sein mußte, die sich dann auch mit unheimlicher Richtigkeit einstellten — Krawall und Blutvergießen.

Nach dieser Versidie, daß man mir ein Demonstrationsverbot angeht, der bereits marschierenden Menschenmassen zu überreichen wagte, stand ich vor der Alternative, nach Hause zu gehen und den Polizeipräsidenten Liebermann sein Werk vollenden zu lassen, oder ohne Rücksicht auf die Wünsche bzw. Befehle dieses famosen Herrn Liebermanns das zu tun, wozu Pflicht und Gewissen mich trieb, einzugreifen.

Den Demonstranten war der Geniestreich des Liebermanns, nicht durch mein, sondern sein und des Loh Verschulden völlig unbekannt.

Sie mußten in den auf sie eindringenden Polizisten Attentäter auf ihre verfassungsmäßigen Rechte erblicken, sie mußten deshalb, da deutsche Arbeiter keine Feiglinge sind, die „Fascher“ zurückdrängen. Woher kam aber in der kurzen Zeit (von Beendigung meiner Rede bis zur verhängnisvollen Salve waren kaum 10 Minuten verstrichen) das große Aufgebot an Polizeimannschaften?

Alles was der Polizeipräsident Liebermann in bezug auf die Bekanntmachung seines Verbots zur Ermöglichung der Durchführung durch die Einrufer sträflich unterließ, hatte er zur gewaltsamen Unterdrückung der Demonstration durch seine Grünen übereifrig vorbereitet.

Lange vor Beginn der Kundgebung waren an allen Zugängen zum Palaisplatz große Polizeieinheiten mit Karabinern ausgerüstet, postiert worden, strengten Verittene über den Platz.

Mindestens drei schwerbewaffnete Hundertschaften standen in der Nähe des Palaisplatzes bereit. All das tat Herr Liebermann, obwohl durch eine lange, blutige Erfahrung feststeht, daß gegen das Volk bewaffnete Abteilungen selbst auf den friedliebendsten Spießbürger aufreizend wirken, daß der Schutzmann für den Arbeiter ein rotes Tuch ist, kurz, — obwohl es kein sicheres Mittel gab, Zusammenstöße heranzubeschwören, als die von ihm angeordnete provozierende Verwendung von Polizei bei einer Arbeiterkundgebung.

Betrachtet man alle Maßnahmen der verantwortlichen Polizeibeamten, die ich bisher erwähnte, im Zusammenhang, so kommt man mit Notwendigkeit zu dem Ergebnis: der Polizeipräsident hat vorsätzlich mit Ueberlegung den blutigen Zusammenstoß vom 27. Dezember 1920 herbeigeführt. Hat er aber alle jene Unterklassungen und Uebertriebungen, darin jede einzelne ein Spiel mit dem Feuer war, ohne verbrecherische Absicht begangen, so wäre das der Beweis gemeingefährlichen Wödsinns und der Polizeipräsident mußte in einer Nervenklinik interniert werden.

Wie schwächlich nimmt sich gegenüber diesen von Hunderten bezugten Tatsachen der elende Versuch aus, mir die Verantwortung für die Unkenntnis, in der die Demonstranten von dem Verbot waren, für den Polizeiangriff und für die begreifliche Erregung der Massen über die heintückische Attade zuzuschreiben! Die Behauptungen,

Die Toten reden.

Tagebuchaufzeichnungen des ermordeten Oberwachtmeisters Buchholz (3.B.B.)

Drei Monate sind seit der dienstlichen Ermordung des Oberwachtmeisters und Kassenverwalters Buchholz von der Hundertschaft 333. (Zur besonderen Verwendung) verstrichen. Seit drei Monaten „schwebt“ die Untersuchung des Mordmordes. Die Öffentlichkeit jedoch erfährt nichts. Sie wird nie etwas über die Namen der Mörder und ihre Verurteilung erfahren. Die jechen unter hohem Protektorat. Vor den Mördern steht schützend die „Ehre“ der Hundertschaft 333., des Volkwerks und Tummelplatzes der schwarzen Reaktion! Die Hundertschaft 333. das ist das schwarz-weiß-rote Schmuckstück der demokratischen Republik. Sie und ihr Kommandeur Stennes befehlen, und die Regierung Wirth, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin haben zu gehorchen!

Tagebuchaufzeichnungen des Oberwachtmeisters Buchholz, die wir heute veröffentlichen, sie jagen eigentlich nichts neues mehr, sie unterstreichen und bekräftigen nur noch einmal, was längst jedem Schupmann bekannt ist, was die Regierung, was der Polizeipräsident von Berlin weiß und was der breiten Öffentlichkeit hier und da geheimnisvoll angedeutet wurde.

Die Hundertschaft 333. in enger Verbindung mit der deutschnationalen Volkspartei, der Führer der Hundertschaft, Hauptmann Stennes, als Organisator des Kapp-Putsches, als stärkste Stütze und Kassenleiter der Legaten und illegalen Organisationsgruppen, das tritt hier noch einmal deutlich aus den Aufzeichnungen eines Toten, eines Ermordeten, eines Unbequemgewordenen hervor. Lassen wir ihn reden:

Anfang November 1919: Endlich habe ich eine Aufstellung. Als ein Wachmeister in der 3. Hundertschaft wurde Kommandeur und habe damit eine verantwortungsvolle Stelle. Es ist noch sehr vieles in Umrissform. Es wird eine Menge Arbeit kosten, um hier meine Bahn zu schaffen.

24. November: ... Heute hatte ich einen wichtigen Auftrag. Unser Kommandeur, Oberleutnant Stennes, befahl mir, für den Transport von Flugschriften für die Deutsch-nationale Volkspartei einen Wagon auf dem Güterbahnhof Charlottenburg zu bestellen. Damit mir dort keine Schwierigkeiten bei dem herrschenden Waggomangel entständen, erhielt ich 400 Mark in die Hand gedrückt. Bestechungsgelder! Mir war sehr unangenehm dabei zu Rute. Aber Befehl ist Befehl.

Die Beamten sträubten sich zuerst. Als ich ihnen aber das Geld ausshändigte und ihnen sagte, wozum es sich handelte, waren sie wie umgewandelt. ...

5. Dezember: Ich erfuhr gestern, daß es sich bei den Flugschriften für die Deutsch-nationale Volkspartei um viele Millionen Mark Geld handelte, welches für die Truppen im Baltikum gedruckt wurde. Man munkelt von 100 Millionen. Sie wurden von hier aus mit der Eisenbahn als „Flugschriften“ glücklich nach Ostpreußen gebracht, von wo sie mit Flugzeugen ins Baltikum befördert wurden. Ein höherer Offizier war von dort gekommen, um hier Geld für seine Truppen zu beschaffen, da die Regierung jede Zahlung gesperrt hat, weil sie ja nicht zurückkommen wollen. Oberleutnant Stennes hat sich daraufhin mit einer Druckerin in Potsdam in Verbindung gesetzt, die nach Verhandlungen und Zahlung von allerhand Schmiergeldern sich dazu bereit erklärte. Dabei waren auch eine ganze Menge Kameraden von unserer Hundertschaft beschäftigt, wie die Wachmeister Jantzel, Schnoor, Schulz, Strauß, Gebhardt, Dunkel, Schmidt, v. Kraußig, Ruoff usw. Das Geld wurde von dort in Koffern abtransportiert. Wie es nun kam, das blieb un-aufgeklärt — es waren auch noch andere Leute damit beschäftigt — jedenfalls die Potsdamer Kriminalpolizei bekam Wind von der Affäre und beschlagnahmte eine Sendung. Aber es dauerte nicht lange, da wurde dieselbe durch Einwirkung höherer Gewalt wieder freigegeben. Die Sache ging gut aus. Passiert ist natürlich weiter nichts.

1. Februar 1920: ... Heute ist unsere Hundertschaft selbständig geworden und hat den treffenden Namen „Hundertschaft zur besonderen Verwendung“ erhalten. ...

2. März: Gestern hat unser Alter Befehlshaber zum 12. März angelegt. Außer dem Kommandeur der Berliner Sicherheitspolizei, Oberst Schönfeldt, wird auch der Polizeipräsident an der Befehlshaber teilnehmen. Gestern und heute wurde von früh bis abends exerziert. Für die nächsten 14 Tage sind die Ausfahrten recht trübe. Es wird allerhand Schwung geben.

9. März: Wir kommen gar nicht aus der Bewegung heraus. Waffen werden herangeschafft. Appells werden abgehalten. Wir wissen bald nicht mehr, wo uns der Kopf recht.

13. März: Alles geht drunter und drüber. Heute früh ist Ehrhardt mit seiner Brigade aus Oberitz einmarschiert. Das Regierungsviertel wird besetzt gehalten. Die Regierung ist gelichtet. Stennes hat sich sofort mit der neuen Regierung in Verbindung gesetzt. Er würde wohl schon lange drum, wenn er sagte vor der Stube 21 wörtlich: „Das ist die Beschäftigung, die ich angeht habe.“

15. März: ... Stennes versucht uns immer wieder klarzumachen, daß es sich nicht darum handelt, die vom Volle eingeleitete Regierung zu kürzen. Es gehe nur darum, endlich Sachminister auf die einzelnen Ministerposten zu bekommen. Die meisten glauben das auch. Ich sehe noch nicht klar und weiß nicht recht, was ich davon denken soll. Soviel steht aber fest, daß das nicht der wahre Grund ist, es geht um anderes.

28. November: Stennes gab heute den Streifenführern bekannt, daß morgen um 11 Uhr vorm. eine Suche nach Waffen vom R. P. aus bei uns stattfinden wird. Sie könnten allerhand finden. Aber bis morgen ist eine lange Zeit.

30. November: ... Gestern hat die Waffensuche tatsächlich stattgefunden. Wie vorauszuhaben, wurde nichts gefunden. Es waren zwar noch Karabiner in der Kaserne, wir haben aber auch alle Mann die ganze Nacht gesucht, wie die Pferde. Es war gar nicht leicht, alles sachgemäß zu verfaulen. Das meiste wurde unter Leitung von Wachmeister Meyer abgehoben. Die Hauptsache ist, daß sie nichts gefunden haben. Sie sind abgezogen wie begoffene Pudel.

Nun, und die Regierung? Sie wird auch diese Veröffentlichung ignorieren, sie wird nichts hören, nichts sehen, nichts wissen wollen! Denn die Hundertschaft 333., diese monarchistische Brutstätte, sie ist ihre zuverlässigste, erprobteste Stütze gegen die Arbeiterschaft. Die Jonetten des Hauptmann Stennes, und sie wird nur handeln, die gemeingefährliche „republikanische“ Formation auflösen auf den Druck der geschlossenen Front der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft muß den MOGB., die sozialdemokratischen Minister in der Regierung zwingen, Ernst zu machen mit der von Millionen Werktätigen verlangten Aufhebung der Monarchie in allen Verwaltungs- und Exekutivbehörden. Nicht einen Tag länger darf die Hochburg der Reaktion, die schwarze Hundertschaft 333., Schlosskaserne Charlottenburg, bestehen.

In einiger Front mit der Arbeiterschaft müssen die Schwabbeamteten von Groß-Berlin und darüber hinaus im ganzen Reich gegen die von ihnen gehaltene Formation auftreten und handeln!

welche die Auflage über den Inhalt meiner Rede aufstellt, sind Zug und Frug. Da steht z. B. von mir zu lesen: „Er hob hervor, daß er und seine Partei die Forderungen der Erwerbslosen unter Ausschaltung des Erwerbslosenrates durchzubrüden in der Lage sei.“

Jeder aufgeklärte Arbeiter, und diese bilden die Gefolgschaft der SPD., hätte denjenigen ausgelacht, der ihnen diese Polizei- und Staatsanwalts-Weisheit verzapft hätte. Ich unterzog die Haltung der anderen Parteien und des Erwerbslosenrates zu den wirtschaftspolitischen Tagesfragen einer Kritik. Unfähig, diese Kritik zu verstehen und wiederzugeben, haben die Polizeischäbel dabei ohne Bedenken Worte aus ihrem eigenen Gehirnbrei hervorgeguckt, die ihrem Geistesniveau entsprechen. Diese strupellose Gesellschaft legt mir ferner die Worte in den Mund: „Da die Bourgeoisie die Mittel zum Lebensunterhalt der Erwerbslosen nicht herbeibringt, müßten sich die Erwerbslosen das zu ihrem Leben Notwendige mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln „holen“. — Womit der feige Schurke, der behauptet, dies aus meinem Munde gehört zu haben, andeutet, ich habe die Menge zu Gewalttätigkeiten aufwiegeln wollen! Achtungsvollungen werden mit ihrer besten Arbeit nicht weit kommen, denn gegen ihre Erfindungen stehen hunderte von ehrbaren Männern, die gehört haben, was ich sprach, und die das Spitzelnachwerk entlarven werden. Wozu die gefälschten Zitate herhalten sollen ist klar. Wenn man nach altem Polizei- und Staatsanwaltsbrauch die Schuld der Polizeifunktionäre den Arbeitern aufbürden will, aber keinerlei Beweise für diese Kühne Behauptung zurecht machen kann, so sucht man einen intellektuellen Urheber. Da auch gegen ihn jeglicher Beweis fehlt, so erklärt man seine Rede für „aufreizend“ und „hebeijisch“, sucht sich einige der dümmsten und charakterlosesten Schöpsie, die für Geld und auf Befehl jeden Meineid schwören und folgert mit dreierlei Stirn: „Es kann bei dieser Sachlage keinem Zweifel unterliegen, daß der Angebeschuldigte infolge seiner hebeijischen Betätigung (Fachausdruck für jedes von Kommunisten gehaltenes Referat) der geistige Urheber der Zusammenrottung (Fachausdruck für versaffungsmäßige Arbeiterversammlungen!) und der nachfolgenden Gewalttätigkeiten gewesen ist, und auch nach ihrem Ausbruch sich als Häufelsführer (Fachausdruck für verantwortungsbewußten Demonstrationsleiter!) betätigt hat!“

Man bedenke! In den Tagen vor und lange nach dem 27. Dezember lag ich krank zu Bett. Ich reiße mich heraus, um an der Demonstration teilnehmen zu können und begeben mich nach dem Palaisplatz. Ist es glaubhaft, daß, wenn die Partei, wie ihr läugnerisch unterstellt wird, Putschpläne hegte, die Ausführung einem Kranken überließe?

Noch bevor ich mein Referat beendet hatte, begann der Demonstrationenzug sich zu formieren und in Bewegung zu setzen. Ich schloß mit den Worten: „Und nun angetreten.“ Erst eine Weile nach Beendigung der Rede (etwa 25 Minuten später), in welcher Zeit ich allerdings die zweite Formierung des Zuges durch Jurufe zu dirigieren trachtete, überbrachte mir der Beamte das Verbot. Darauf bemühte ich mich sofort, den Einberufer, die Breslauer Ortsgruppenleitung, zur Stellungnahme zu sammeln und übergab das schriftliche Verbot dem zuständigen Sekretär der Ortsgruppe. Noch bevor die Einberufer irgend einen Entschluß fassen konnten, erfolgte der Angriff der berittenen Polizeiabteilung und ihre Zurücktreibung durch die Demonstranten, brach mit aufgefälltem Bajonett Zippo von mehreren Seiten auf den Demonstrationenzug ein. Durch diese Vorgänge weniger Minuten war jede Stellungnahme gegenstandslos geworden. Der Zusammenstoß war da: es galt jetzt, durch persönliches Eingreifen der Parteiführer weiteres Unheil abzuwenden. Das erste Kennzeichen gab ich den auf der Schloßrampe versammelten Funktionären die Losung: „Kommunistische Führer nach vorne! Demonstranten von der Polizei trennen!“

Als die Funktionäre in die vorderste Reihe der Demonstranten an die Schützenlinie der Polizei gelangt waren, bildeten sie eine Kette, um Polizei und Demonstranten zu trennen. Ich ging mit dem Landtagsabgeordneten Fiegler und einigen anderen zu dem Polizeihauptmann Panleit, der gütlich verwirrt und ratlos dastand. Die Zurückweisung meiner Aufforderung, eine neutrale Zone zwischen Demonstranten und Polizei zu schaffen, indem die Schützenlinie der Polizei bis etwa an die Mitte der Theaterstraße zurückgezogen würde und die Kette der Funktionäre selber die Demonstranten an weiterem Vorgehen hinderte, ist mit dem ohnehin sehr schwachen Polizeiaufgebot ganz unwahrscheinlich und leichtsinnig begründet. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß einige Hundert Bewaffnete gegen die absolut unbewaffnete durchnäht nicht aggressive Menge standen, daß in unmittelbarer Nähe des Palaisplatzes weitere Hundertschaften in Bereitschaft standen.

Wenn der Staatsanwalt davon spricht, daß die Massen „aufgebeijst“ gewesen wären, und zwar durch meine „aufreizende, hebeijische“ Ansprache, so möge er das beweisen. Ich werde durch die Demonstranten selber beweisen lassen, daß „aufreizend“ lediglich das plamäßig provokatorische Vorgehen der Polizei gewirkt hat. Liebermann heißt der Hauptschuldige, Vbr. Panleit, Fremdschmidt usw. eine Komplize. Und siehe da — die Schuldigen treten als Belastungszeugen auf. Noch bemerkenswerter ist allerdings, daß Herr Liebermann, der meiner Rede und seinem Vorgehen gegenüber sich nicht als Zeuge gemeldet hat. Seine Ladung ist unerlässlich. Die Schuldigen als Belastungszeugen: um sich reinzuwaschen, beschuldigen sie andere. Ihr Vorgehen gegen mich ist einwandlos nachweisbar von ganz subjektiven Beweggründen diktiert. Wir haben Beweise, die zeigen, daß ihre moralische Hygiene die von gemeinen Verbrechen ist.

Es liegt der dringende Verdacht vor, daß Liebermann und seine Spießgesellen den Kravall vom 27. Dezember mit Berechnung herbeigeführt haben, um sich den Anlaß zur Unterdrückung unserer Partei in Schlesien zu schaffen. Fräutliche Versuche hat er mit verbrecherischen Mitteln schon mehrmals wiederholt. Der Verdacht wird durch die Kunde bestätigt, daß der Polizeipräsident von Breslau, wie die ihm unterstellten Organe, im engsten Einvernehmen mit illegalen, geheimgewaltigen Organisationen einen (trotz Versagung und Friedensvertrag!), die den erst verfallenen a) die obersteinständige Frage gewalttätig zu a, b) die republikanisch-demokratische Verfassung des jenen Reiches gewalttätig zu ändern. — Bei diesem von den Verbrechern die jäheliche SPD. und ihre

Führer im Wege und Herr Liebermann machte sie auf seine Art „unschädlich“. — Von den Auslagen der mich „belastenden“ Zeugen ist nur das von Gewicht, was sie bewußt verschweigen.

Kurzum, ich bestreite die niederträchtige Formulierung am 27. Dezember 1920, als sich eine Menschenmenge zusammenrottete und mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten beging; die Wahrheit ist: „Ich einem Widerstand auf versaffungsmäßige Rechte in gutem Glauben widersteht und einen gewalttätigen Angriff auf ihre eigenen Personen mit Maß und Würde abgewehrt (!), an dieser Zusammenrottung teilgenommen zu haben, und zwar als Häufelsführer“. — „Daß ich an den „Gewalttätigkeiten gegen Personen“ teilgenommen hätte, waqt nicht einmal diese Anklage zu lügen. Daß ich aber durch Teilnehmer an einer friedlichen unbewaffneten Demonstration unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Breslau, von einem versaffungsmäßigen Rechte (das der Staatsanwalt in seiner vornehmlichen Phrasologie mit „Zusammenrottung“ zu bezeichnen beliebt!) geschlichen Gebrauch gemacht habe, das bestreite ich nicht, selbst wenn die königlich-preussische Klassenjustiz der deutschen Republik das für „Landfriedensbruch“ erklären sollte.

Ich beantrage, mit der Beweisführung über sämtliche hier angeführten Tatsachen sofort zu beginnen und mit größter Beschleunigung durchzuführen.

- Beweismittel sind: a) Eigene Angaben.
- b) Gutachten der Sachverständigen.
- c) Zeugenaussagen.
- d) „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.

Von der Unterbreitung des Entlastungsmaterials hatte ich bisher absichtlich Abstand genommen, weil mir einige Proben, die ich zur Sprache bringen werde, den Beweis erbrachten, daß die Unternehmung von dem Landgerichtsrat Kischel einseitig zu meinen Ungunsten mit Befangenheit geführt wurde, daß er hierbei im Einverständnis und zugunsten der wirklich Schuldigen (Liebermann, Vbr usw.) vorging, deshalb Protokollmängel, Zeugenbeeinflussung, Verbunkelung, Verschleppung und persönliche Schikanen vornahm; die von mir gelübte Zurückhaltung gegenüber diesen Herren war also im Interesse einer einwandfreien Untersuchung geboten.

Aus der Provinz.

Altwaßer. Zum Auftakt der Werbeweche für die SPD. und die „Bergwacht“ hatte die SPD. am 17. September im „Reihen Hof“ eine öffentliche Versammlung einberufen. Thema: „Die Sozialdemokratie nach der Revolution“.

Referent war der Landtagsabgeordnete Lange, Langenbielau. Trotzdem die „Bergwacht“ schon tagelang darauf hinwies, daß Lange ein sehr geschickter und tüchtiger Redner sei und sie der Arbeiterschaft empfahl, die Versammlung in Massen zu besuchen, da waren es ganze drei Dutzend, davon noch zur Hälfte Frauen. Also auch nicht mehr als ein Väterdutzend. Der Versammlungsleiter tröstete den Referenten und die Versammlung mit dem Bemerkten, daß die Anwesenden alles Funktionäre der Partei seien. Die Arbeiterschaft ist es eben bald satt, sich die Tiraden von der deutschnationalen SPD-Regierungspolitik immer wieder anzuhören. Der Referent ließ wieder die alte Katze spielen, daß nur, wenn die SPD. mit in der Regierung sitzt, der Regierung Halt geboten werden kann und die Arbeiterschaft ein besseres Dasein hat. Wenig sprach er über die Feuerung und der mit ihr immer mehr zunehmenden Verelendung der Arbeiterschaft. In der Diskussion gewährte man ganz gut schon die Opposition der SPD.

Von uns sprach in der Diskussion Gen. Schremmer und zerpflückte so ziemlich das Referat.

Genosse Schremmer bewies ihm, daß die Massen 1918 reif waren und jetzt noch reif sind zur Revolution. Nur die Führer haben sie verschlafen. Durch den Stimmzettel allein läßt sich der Kapitalist nicht besiegen. Ebenso machte Gen. Schremmer aufmerksam auf die immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen. Im Schlußwort des Referenten fühlte es der Referent als eine Annäherung, sein Referat von unserem Genossen unter Kritik gestellt zu sehen. Auch war Referent der Meinung, daß ein 20jähriger Genosse schon 30 Jahre in der Arbeiterbewegung stehen muß.

Sagan. Sturm im Freitage. Am Montag, den 21. September fand eine Sitzung des Kreisrates statt. Der Vorsitz der Verhandlung war ein vertraulicher. Am Anfang der Verhandlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem deutschnationalen Hauptling v. Reglein in Verbindung mit dem Landrat und der Sozialdemokratie. Beim Retire des Saales fiel es auf, daß man das Bild Wilhelm I. mit einer Girlande umgeben hatte; auch mancher „Girland“ hatte ein Strancken angeheft bekommen. Diese Aufmachung soll wohl zu Ehren des Mörders von Erzberger gemacht worden sein? Mit irrenden Augen schaute Herr v. Reglein das gekränkte Bild an und schaute wohl der herrlichen Heira Wilhelms II., und ein Stößeget aus der Kammerauskunft wird zum Himmel geflogen sein mit der Bitte: O Wilhelm, lehre mich, deine Sünden sind dir vergeben! Die von einer Ratte gezeichnet, istana aber der Herr Neubrunn von jenem Tage, als Genosse Kandler von der SPD. den Antrag auf Entlassung des Kaiserleibes stellte. Herr v. Reglein sowie Herr Heilbauer widerstrebte sich dem Antrage: auch der Herr Landrat war sprachlos, das man auch in Sagan mit dem Heberleibsel der Reaktion zusammen will. Genosse Kandler (Hiro) lasse den Herren, das wir nicht geteilt sind, was provozieren zu lassen, es sei eine Aufreizung gewesen. Er und eine Winkung der Republik. Würde der Antrag abgelehnt, mache er die Herren darauf aufmerksam, daß, wenn in der nächsten Sitzung die Sachen nicht erledigt werden, das Genosse Kandler selbst die Arbeit betreiben wird. Darüber gredes Herr v. Reglein war am liebsten dem Genossen Kandler an den Stranck erstrancken: er schme den Genossen Kandler an: Da wäre Herr v. Reglein noch da, das Bild Wilhelm I. Genosse Kandler verlangte vom Landrat Aufklärung darüber, wer das Strancken gemacht habe, denn ein solches sei es doch, man solle doch bloß seine Macht zur Schau tragen. Der Landrat wachte natürlich nicht davon. Genosse Kandler begründete die Aufhebungen des Landrats, woran wieder aus dem Händchen geriet und verlangte, wenn er was sage, müsse es geglaubt werden. Sein Herr Landrat, soweit ich mir noch nicht, daß die Sozialdemokraten von einer lauten Stimme wussten. Genosse Kandler ermahnte die Herren, mit ihrem Sinne und Heberleien gegen die Sozialdemokraten anzugehen, doch das es möglich werden, daß nachschick wird, was 1918 nicht gemacht worden ist. Unsere Geduld hat auch ihre Grenzen. Genosse Grog machte die Mitteilung, daß Herr v. Reglein in Stahlytsch und Unipern bei Deutschnation-

weihungen Reden hält; so habe Herr v. Reglein am Sonntag erklärt, ihr Weizen blühe! Nun, Herr v. Reglein, lassen Sie den Weizen blühen; passen Sie aber auf, daß der Weizen nicht von der Sozialdemokratie ausgedroschen wird.

Wir hoffen, daß die SPD. e n b l i ch bereit ist, den Weizen zu dreschen. Aber es wird so kommen, daß die SPD. erst den Dreschsegel liefern muß.

Aus dem Waldenburger Revier.

Die Revierkonferenz zum neuen Lohnabkommen der „Neutommunist“ Hirsch.

Vorige Woche fand eine Revierkonferenz statt, die hauptsächlich einberufen war, um zu dem Ergebnis der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes in Hannover Stellung zu nehmen. Der Bezirksleiter Hofmann betonte einleitend, daß die Revierkonferenz einberufen sei, nicht um Beschlüsse irgendwelcher Art zu fassen, sondern nur Informationen entgegenzunehmen habe. Ergrüßigt habe schon die Konferenz des Hauptverbandes gemeinsam mit den Unternehmern verhandelt. In dem Resultat dieser Verhandlung sei nichts zu ändern.

Aus diesen einleitenden Worten geht klar und deutlich das Wesen der Arbeitsgemeinschaft hervor. Ohne daß die Kumpel gefragt werden, verhandelt Hirs und seine Freunde mit den Grubenbaronen. Sie halten sich nicht im geringsten an die Parole des DGB., die Löhne auszubauen auf der Grundlage der Weltmarktpreise. Die Unternehmer beteuern ihre Unmöglichkeit ohne horrende Erhöhung der Kohlenpreise, die Löhne zu erhöhen. Die Verbandsvertreter lassen sich leiten von dem Willen, die deutsche Wirtschaft aufzubauen, selbst auf Kosten der nackten Existenzmöglichkeit des Proletariats, und was herauskommt ist ein elender Kuhhandel, bei dem die Arbeiter die Verkauften sind.

Hofmann ging auf den taktischen Teil der Lohnverhandlungen ein und schilderte, wie man Imbusch, den Vertreter der Gewerbetreibenden vorabschickte, damit er das Gelände sondiere. Er habe im Auftrage aller erklärt, daß, wenn die Forderungen nicht bewilligt würden, der gesamte Bergbau vor einer Katastrophe liege.

Anfangs stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß die Löhne der Bergarbeiter keinerlei Erhöhung bedürften. Die Löhne seien entsprechend der Arbeitszeit und der Leistung vollkommen genügend. (!)

Nach diesem sauberen, naiven Herrn meldete sich Hufemann, der auf die Erfüllung der Forderung hinweist und auch die Bergkatastrophe skizzierte. Die Arbeitgeber zogen sich dann zu einer Besprechung zurück, um zu den Erklärungen der Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Nachdem sie wieder im Verhandlungsraum erschienen, erklärten sie sich bereit, zu verhandeln. Hofmann berichtet weiter, wie der Vertreter des Bergbauers distret dann im Namen der Arbeitgeber erklärt, nicht mehr als 8 Mark bewilligen zu können.

Im einzelnen hätten die Unternehmer dann für das Ruhrrevier 8 Mark zugestanden. Es wären dann aber 10 Mark bewilligt worden.

Für das Aachener Revier schlugen sie ebenfalls 8 Mark vor. Sie bewilligten dann aber 8,50 Mark.

Für das Niederrheinische Revier erklärte der Generaldirektor Zittel nur 5 Mark bewilligen zu können. Nach Aussprachen wurde ein Zugeständnis von 7,50 Mark gemacht.

Für das Sächsische Steinkohlenebiet war der Vertreter zunächst zu keinem Zugeständnis bereit. Es wurden dann später 7,50 Mark erzielt.

Für das Mitteldeutsche Revier wurden ebenfalls 7,50 M., für Jugendliche unter 18 Jahren 3,50 M. erzielt.

Es wurde weiter vereinbart, daß die zugestandenen Lohnserhöhungen auf die Grundlöhne angerechnet werden sollen, also nicht als Feuerungszulage zu gelten haben.

Die für jeden Arbeiter des Niederrheinischen Reviers bewilligten 7,50 Schichtzulage soll nach folgendem Plan verteilt werden:

Für Arbeiter über 20 Jahre	8,— M.
„ „ „ von 18—20 „	5,50 „
„ „ „ „ 16—18 „	4,50 „
„ „ „ „ 14—16 „	3,50 „

Der dabei erzielte Ueberschuß soll zurückgestellt werden als Entlohnung für Rettungsmannschaften. Außerdem sollen Pumpen- und Stellwärter eine Extrazulage von 2 M. pro Schicht erhalten.

Wir sind wohl der Meinung, daß die Rettungsmannschaften bei ihrer gefährlichen Arbeit besonders hoch entlohnt werden müssen. Wir sehen aber nicht ein, daß auf Grund dieser besonderen Entlohnung die Gesamtheit der Bergarbeiter geschmälert wird. Für die Bezahlung der Rettungsmannschaften müssen die Unternehmer, die durch ihren Raubbau, durch ungenügende Unfallverhütungen die meisten Grubenunglücke verschulden, voll und ganz aufkommen.

Es ist ferner bezeichnend, daß vor der Reichskonferenz mit den Unternehmern die Belegschaften der einzelnen Reviere absolut nicht gefragt wurden, welche Forderungen sie, der heutigen Lebenslage entsprechend, für angebracht halten. Selbst über die Verteilung der Zulage im Waldenburger Revier durfte diese „Revierkonferenz“ keinerlei abweichende Beschlüsse fassen. In der Diskussion gab es eine Sentenz, als der Betriebsratsleiter Hirsch die Vorschläge seines Ministergenossen Schmidt, die er auf der Reichskonferenz gemacht habe, loszog. Hirsch sagte, daß die sogenannte Geldwertbesserung bloß wieder ein Mittel sei, den Massen Arbeiter in die Augen zu schmeieren. Die Massen werden auch bei dieser Komödie die Betroffenen sein. Unsere Genossen waren direkt erschrocken, als Hirsch, der so wöglich auf kommunistische Gehirnanwendungen in seinem Kopfe versloßen war, ausrief: „Die Arbeiterschaft wird erst zu ihrem Recht kommen, wenn der letzte kapitalistische Betrieb verödeten wird!“ Mit Verlaub, Kamerad Hirsch, Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Um aber dieses Ziel recht bald zu erreichen genügt nicht ein momentaner Putzaußbruch, sondern es ist notwendig, daß die Arbeiter zunächst ihre Kräfte erhalten, indem sie in der kapitalistischen Gesellschaft für eine wirklich annehmbare Existenz kämpfen. Dieser Kampf kann nicht mit Harmonie in der Arbeitsgemeinschaft geführt werden, sondern mit den schärfsten Mitteln, mit zentral geführten Massenkämpfen muß das Proletariat um seine Existenz kämpfen. In diesen wirklich revolutionär geführten wirtschaftlichen Kämpfen wird das Proletariat seine ungeheure Macht erkennen und wird sehen, daß es auch mit Erfolg kämpfen kann um die politische Macht. Wenn sich aber noch selbst das Parlament des durch die UZP. revolutionierten Metallarbeiterverbandes auf den Standpunkt stellt, daß es unzulänglich ist, jetzt große Kämpfe zu führen, weil die „Gefahr“ bestände, daß die Arbeiter zur Macht gelangen, und diese Macht nicht halten können, weil auf Grund der zerfallenen Wirtschaft und der „Separationsforderungen“ dies nicht möglich sei, werden wir tüchtigen Kommunisten weiterarbeiten müssen, um den mangelnden Mut und mangelnde Heterzeugung in die Kraft der Arbeiter, in die Tat umzusetzen.

Bei der Abstimmung waren 154 Kameraden für und gegen die Annahme des neuen Lohnabkommens. Ein Zeichen, daß auch im Niederrheinischen Revier immer mehr der Will zu mehr selbständigen Arbeiten der Kameraden marschiert.